

JOSEPH FOSCHEPOTH

## BRITISCHE DEUTSCHLANDPOLITIK ZWISCHEN JALTA UND POTSDAM

Nach Abschluß des Gipfeltreffens der drei Großmächte USA, UdSSR und Großbritannien auf der Krim telegraphierten am 12. Februar 1945 König und Kabinett dem britischen Premierminister Churchill und seinem Außenminister Eden herzliche Glückwünsche nach Jalta. Anerkennung wurde sowohl über die Art der britischen Verhandlungsführung geäußert als auch über die „äußerst zufriedenstellenden Resultate dieser Konferenz“<sup>1</sup>. Die öffentliche Meinung und vor allem Churchill selbst teilten eine solche Einschätzung. In einem Dankestelegramm an Stalin brachte er zum Ausdruck, daß er die Ursache für diesen Erfolg in der Absicht und Bereitschaft der Alliierten sehe, Schwierigkeiten nicht aus dem Wege zu gehen, sondern anzupacken und gemeinsam zu lösen. Von Stalin geäußerte Bedenken, wonach in Zukunft die Zusammenarbeit der „Großen Drei“ durch das Fehlen eines gemeinsamen Gegners schwieriger werden dürfte, wies er zurück. Er sei vielmehr entschlossen – und er sei sicher, der Präsident und Stalin seien es ebenfalls –, die so festgegründete Freundschaft und Zusammenarbeit auch nach dem Sieg nicht Schaden nehmen zu lassen. Von der Gastfreundschaft Stalins noch sehr beeindruckt, schloß Churchill sein Telegramm mit dem ausdrücklichen Wunsch, „daß Sie noch lange leben mögen, um die Geschicke Ihres Landes, das unter Ihrer Führung erst zu seiner vollen Größe gelangt ist, weiter zu lenken“<sup>2</sup>. Inwieweit die Beschlüsse von Jalta tatsächlich ein großer Erfolg waren und zu derartigen Hoffnungen berechtigten, mag zunächst dahingestellt bleiben. Jedenfalls wollte und konnte eine vergleichbare euphorische Stimmung nach Abschluß der Potsdamer Verhandlungen Anfang August 1945 nicht mehr aufkommen. Stalin hatte vielmehr recht behalten, die Zusammenarbeit war erheblich schwieriger geworden. Das Ziel Nr. 1, die vollständige militärische Niederlage Deutschlands, hatte bereits vor seiner Verwirklichung an einigender Kraft verloren. Nationale Interessen bestimmten um so mehr die Politik der Großmächte gegenüber Deutschland, je weniger die Niederlage selbst als vielmehr die Zeit danach zum eigentlichen Problem einer gemeinsamen alliierten Politik wurde.

Was die allgemeine Erforschung dieser Zeit betrifft, so sind wir über die amerikani-

<sup>1</sup> PREM 4/77/1B. Grundlage der folgenden Ausführungen, die erstes Ergebnis eines größeren Forschungsvorhabens zur britischen Deutschlandpolitik der Nachkriegszeit sind, das der Verfasser am Deutschen Historischen Institut London betreibt, sind die im Public Record Office London verfügbaren Akten zur britischen Außen- und Deutschlandpolitik. Folgende Abkürzungen werden verwendet: PREM = Premierminister, FO = Foreign Office, T = Treasury, BT = Board of Trade, CAB = Cabinet Papers.

<sup>2</sup> PREM 4/78, 1 Part 2 (17.2. 45). Attlee gegenüber äußerte sich Churchill: „I am profoundly impressed with the friendly attitude of Stalin and Molotow. It is a different Russian world to any I have seen hitherto“ (CAB 118, 14).

sche Politik schon gut informiert, zumal gerade in jüngster Zeit mehrere fundierte Studien insbesondere zur Haltung der USA in der Reparationsfrage erschienen sind<sup>3</sup>. Angesichts der großen wirtschaftlichen Probleme, die der Krieg für die Deutschen und die Alliierten gleichermaßen hinterlassen würde, wurde die Politik in Sachen Reparationen notwendigerweise zu einem Kristallisationspunkt alliierter Deutschlandpolitik. Von daher ist es erstaunlich, daß die Haltung der britischen Regierung in der Reparationsfrage im allgemeinen und für die Zeit zwischen den Konferenzen von Jalta und Potsdam im besonderen bis jetzt noch nicht untersucht worden ist<sup>4</sup>. Die folgenden Ausführungen beabsichtigen, diese Lücke zu schließen. Sie werden sich dabei von folgenden Fragen leiten lassen: Welche nationalen Interessen bestimmten die Deutschland- und Reparationspolitik Großbritanniens? Wie vollzog sich der „decision making process“ innerhalb der britischen Regierung? Inwieweit ließen sich die britischen Interessen gegenüber den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion vertreten und durchsetzen? Wie sahen die Folgen für die alliierte Zusammenarbeit aus, wie die für Deutschland?

#### Jalta: Deutsche Reparationen und die Aufteilung Deutschlands

In den Beratungen, die vom 4. bis zum 11. Februar 1945 zwischen den von Roosevelt, Stalin und Churchill geleiteten Delegationen auf der Krim geführt wurden, standen gleich zwei wichtige deutschlandpolitische Fragen zur Debatte<sup>5</sup>. Einmal ging es darum, ob Deutschland in Zukunft überhaupt als einheitlicher Staat weiterexistieren

<sup>3</sup> Vgl. B. Kuklick, *American Policy and the Division of Germany. The Clash with Russia over Reparations*, Ithaca/London 1972; J.-H. Backer, *The Decision to Divide Germany. American Foreign Policy in Transition*, Durham 1978; F. Jerchow, *Deutschland in der Weltwirtschaft 1944–1947. Alliierte Deutschland- und Reparationspolitik und die Anfänge der westdeutschen Außenpolitik*, Düsseldorf 1978, und neuerdings: O. Nübel, *Die amerikanische Reparationspolitik gegenüber Deutschland 1941–1945*, Frankfurt 1980.

<sup>4</sup> Die ersten auf britischem Aktenmaterial basierenden Publikationen zu unserer Fragestellung sind: L. Woodward, *British Foreign Policy in the Second World War*, Band 5, London 1976; K. Sainsbury, *British policy and German unity at the end of the Second World War*, in: *The English Historical Review* 94 (1979), S. 786–804; ferner C. Scharf, H. J. Schröder, (Hrsg.), *Die Deutschlandpolitik Großbritanniens und die britische Zone 1945–1949*, Wiesbaden 1979. Darin besonders: D. C. Watt, *Hauptprobleme der britischen Deutschlandpolitik 1945–1949*, S. 15–28, sowie J. Thies, *What is going on in Germany? Britische Militärverwaltung in Deutschland 1945/46*, S. 29–50.

<sup>5</sup> Vgl. *Record of the Political Proceedings of the „Argonaut“ Conference held at Malta and in the Crimea from 1st February to 11th February 1945* (CAB 99, 31); ferner: *Die Konferenzen von Malta und Jalta* (= Deutsche Ausgabe der vom Department of State USA herausgegebenen amerikanischen Akten), Düsseldorf 1956; A. Fischer (Hrsg.), *Teheran-Jalta-Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der „Großen Drei“*, Köln 2. Auflage 1973. Zur sowjetischen Deutschlandpolitik vgl. A. Fischer, *Sowjetische Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg 1941–1945*, Stuttgart 1975, sowie W. v. Buttlar, *Ziele und Zielkonflikte in der sowjetischen Deutschlandpolitik 1945–1947*, Stuttgart 1980.

oder nicht besser in mehrere Staaten aufgeteilt werden sollte; zum anderen darum, wie und in welchem Umfang Deutschland für die von ihm angerichteten Schäden zu Reparationsleistungen verpflichtet werden könnte. In beiden Fragen ergriffen die Sowjets die Initiative. Stalin erinnerte daran, daß auf der ersten Konferenz der drei Großmächte, Ende November 1943 in Teheran, die Frage einer Aufteilung Deutschlands bereits diskutiert und in Gesprächen zwischen Eden, Churchill und ihm Ende des vergangenen Jahres in Moskau erneut aufgegriffen worden sei. Wenngleich er den Eindruck gewonnen habe, daß alle drei Mächte für eine Aufteilung Deutschlands – in welcher Form auch immer – seien, sei es zu einer Entscheidung in dieser Frage bislang noch nicht gekommen. Angesichts der schnellen Entwicklung der Ereignisse im Zuge der Eroberung Deutschlands dränge die Zeit, diese Frage hier und jetzt endgültig zu entscheiden. Dies müsse zwar noch nicht in Form eines detaillierten Planes geschehen, jedoch in der Weise, daß die drei Mächte ihre prinzipielle Bereitschaft zur Aufteilung Deutschlands erklärten und die Ernsthaftigkeit ihrer Absicht durch die Einfügung eines entsprechenden Zusatzes in die Kapitulationsbedingungen zum Ausdruck brächten. Damit werde garantiert, daß eine deutsche Regierung, welche auch immer, auf jeden Fall eine solche Maßnahme zu akzeptieren habe. Churchill, der wie Roosevelt gegen eine *dismemberment*<sup>6</sup> Deutschlands prinzipiell nichts einzuwenden hatte, warnte jedoch davor, eine so komplizierte Frage in fünf oder sechs Tagen entscheiden zu wollen. Vielmehr sei zuvor eine intensive Prüfung der historischen, ethnographischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten notwendig. Dazu solle ein besonderes Komitee eingerichtet werden, das unterschiedliche Vorschläge zu prüfen und eine Empfehlung auszuarbeiten habe. Weder für sinnvoll noch für notwendig erachtete der Premierminister den Vorschlag, die Aufteilung Deutschlands in die Kapitulationsbedingungen hineinzuschreiben. Eine bedingungslose Kapitulation sei eben eine bedingungslose Kapitulation und übertrage sämtliche Rechte auf die Alliierten. Von daher sehe er überhaupt keine Notwendigkeit, mit irgendeiner Gruppe von Deutschen über die Zukunft Deutschlands sprechen oder gar verhandeln zu müssen!<sup>7</sup>

Zur weiteren Beratung wurde die *Dismemberment*-Frage den Außenministern übertragen. Stettinius, Molotow und Eden kamen überein, lediglich Artikel 12 der Kapitulationsbedingungen durch Hinzufügung des Wortes *dismemberment* zu ändern: „Das Vereinigte Königreich, die Vereinigten Staaten von Amerika und die Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken werden in bezug auf Deutschland die höchste öffentliche Gewalt besitzen. In Ausübung dieser Gewalt werden sie Maßnahmen ergreifen, die sie für den zukünftigen Frieden und die Sicherheit für notwendig erachten, wozu die vollständige Entwaffnung, Entmilitarisierung und Aufteilung

<sup>6</sup> CAB 99/31, S. 13; *dismemberment* ist nicht einfach mit *division* gleichzusetzen. Unter „*dismemberment of Germany*“ ist eine von den Alliierten bewußt und planmäßig durchgeführte Aufteilung Deutschlands in *mehrere*, d. h. mindestens drei Staaten zu verstehen. „*Division of Germany*“ hingegen bedeutet Teilung Deutschlands im eigentlichen Sinne, nämlich Teilung in *zwei* Hälften bzw. Einflußsphären, in denen sich erst als Ergebnis eines mehrjährigen historischen Prozesses zwei voneinander getrennte deutsche Staaten entwickeln.

<sup>7</sup> CAB 99/31, S. 12.

Deutschlands gehören.“<sup>8</sup> Diese von Stettinius vorgeschlagene Formulierung war die einfachste Änderung, zugleich aber auch der kleinste gemeinsame Nenner. Während Molotow beispielsweise die Worte „... und sie werden Maßnahmen zur Aufteilung Deutschlands ergreifen“<sup>9</sup> einfügen wollte, lehnte Eden jede Formulierung ab, die die Alliierten unter allen Umständen auf eine solche Politik festgelegt hätte. Als er sich jedoch mit der von ihm vorgeschlagenen Ergänzung „... und Maßnahmen zur Auflösung eines einheitlichen deutschen Staates ...“ nicht durchsetzen konnte, akzeptierte er die Formulierung seines amerikanischen Kollegen, die ihm immerhin noch „einen gewissen Spielraum“ zu belassen schien<sup>10</sup>. Die zweite noch zu klärende Frage war, ob nicht – wie Churchill angeregt hatte – mit der weiteren Beratung des Dismemberment-Problems eine alliierte Kommission betraut werden sollte. Stettinius schlug vor, diese Aufgabe der Europäischen Beratenden Kommission (EAC)<sup>11</sup> zu übertragen. Eine solche Lösung hätte fraglos den britischen Interessen am ehesten entsprochen. Waren die Briten doch zum einen der Meinung, daß sämtliche deutschlandpolitischen Fragen tunlichst in *einem* alliierten Gremium beraten werden sollten, und zum anderen sehr daran interessiert, daß Frankreich – aus Gründen, die noch zu erörtern sind – künftig an allen Beratungen der Alliierten über Deutschland beteiligt würde. Indes brachte eine mögliche Beteiligung Frankreichs den amerikanischen Außenminister dazu, von seinem ursprünglichen Vorschlag wieder abzurücken und den von Molotow geäußerten Gedanken zu unterstützen, eine weitere Kommission eigens für Fragen der Aufteilung Deutschlands ins Leben zu rufen<sup>12</sup>. Sitz einer solchen Kommission sollte wie im Falle der EAC London sein. Auch sollten ihr mit dem britischen Außenminister Eden, Sir W. Strang und den in London akkreditierten Botschaftern der USA und UdSSR, Winant und Gusew, dieselben Mitglieder angehören wie der EAC, nur mit der einen Ausnahme, daß ein französischer Vertreter nicht zugelassen war. So wurde es beschlossen. Eden konnte sich nur noch mit der Zusage Molotows zufriedengeben, daß die Frage der Beteiligung

<sup>8</sup> CAB 99/31, S. 22.

<sup>9</sup> CAB 99/31, S. 21.

<sup>10</sup> CAB 99/31, S. 20f. Eden sympathisierte mehr mit dem Gedanken, Deutschland zu dezentralisieren und zu föderalisieren anstatt aufzuteilen. Vgl. etwa die Note des Außenministers an den Premierminister vom 27. Nov. 1944: *Confederation, Federation and Decentralisation of the German State and the Dismemberment of Prussia* (PREM 3/192/2); vgl. auch Sainsbury, *British policy and German unity*, S. 794ff.

<sup>11</sup> Zur EAC und ihren Beratungen vgl. B. Meissner, *Die Vereinbarungen der Europäischen Beratenden Kommission über Deutschland von 1944/45*, in: F. Klein, B. Meissner (Hrsg.), *Das Potsdamer Abkommen und die Deutschlandfrage*, I. Teil: *Geschichte und rechtliche Grundlagen*, Wien/Stuttgart 1977, S. 43–57.

<sup>12</sup> Während das amerikanische Protokoll der Sitzung der Außenminister am 7. Febr. 1945 keine Auskunft über den Grund des Sinneswandels des amerikanischen Außenministers gibt, findet sich im englischen Protokoll der Hinweis, daß gerade das, was nach Edens Meinung für die EAC sprach, nämlich Frankreich an den Gesprächen zu beteiligen, von Stettinius strikt abgelehnt wurde. „Mr. Stettinius said that was just the point in not referring it to the European Advisory Commission“ (CAB 99/31, S. 34).

Frankreichs von der Dismemberment-Kommission selbst erneut erörtert werden sollte<sup>13</sup>.

Neben der Dismemberment-Frage stand in der ersten Plenarsitzung am 5. Februar auch das Reparationsproblem auf der Tagesordnung. Während Roosevelt eingangs lediglich ein paar allgemeine Bemerkungen machte, wurden die Sowjets sogleich konkret. Auf Aufforderung Stalins hin entwickelte der sowjetische Experte für Reparationsfragen, Maisky, vor dem Plenum Vorstellungen und Erwartungen der Sowjetunion, die in dieser dezidierten Form ihren Eindruck auf Roosevelt und Churchill nicht verfehlten<sup>14</sup>. Zwei Tage später legte Molotow den Außenministern zwei Dokumente zur Beratung vor, die sich a) mit „Grundsätzlichen Prinzipien über die Forderung von Reparationen von Deutschland“ und b) mit der „Organisation eines alliierten Reparationskomitees“ befaßten<sup>15</sup>. Die in diesen Dokumenten enthaltenen russischen Vorstellungen und Vorschläge lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Einen Anspruch auf Reparationen haben in erster Linie jene Länder, die die *Hauptlast des Krieges* getragen und den *Sieg über den Feind* organisiert haben.
2. Reparationen werden in Form von *Sachleistungen* erhoben, die
  - a) innerhalb von zwei Jahren nach Kriegsende dem deutschen Nationalvermögen in Form von Fabriken, beweglichen Anlagen, Maschinen, Auslandsguthaben, Schiffen etc. entzogen werden und die
  - b) für die Dauer von zehn Jahren durch jährliche Warenlieferungen aufzubringen sind.
3. Die Gesamtsumme der unter 2 a) und 2 b) genannten Reparationen beträgt 20 *Milliarden Dollar*, wovon 10 Milliarden der Sowjetunion, 8 Milliarden den Vereinigten Staaten und Großbritannien sowie 2 Milliarden allen übrigen Staaten zugesprochen werden.
4. Zur Ausarbeitung eines detaillierten Reparationsplanes wird eine alliierte *Reparationskommission* – mit Sitz in Moskau – gegründet, welcher Vertreter der drei Großmächte angehören und zu deren Beratungen bei gegebener Zeit auch Vertreter der übrigen alliierten Staaten hinzugezogen werden können.

Während sich der amerikanische Präsident an der gesamten Reparationsproblematik nicht sonderlich interessiert zeigte<sup>16</sup>, erhob Churchill sogleich ernsthafte Bedenken gegen den sowjetischen Vorschlag. Er warnte vor einer Wiederholung der Fehler nach dem Ersten Weltkrieg, räumte ein, daß die Sowjetunion unvergleichlich hohe Verluste erlitten habe, betonte jedoch gleichzeitig, daß auch die Verluste seines Lan-

<sup>13</sup> CAB 99/31, S. 35.

<sup>14</sup> CAB 99/31. Churchill sprach von einem „Reparation plan, which had been so ably expounded ...“ (S. 18) und „Mr. Stettinius complimented M. Maisky on his able exposition“ (S. 36).

<sup>15</sup> CAB 99/31, S. 16 f. sowie S. 37 f. Vgl. auch die Konferenzen von Malta und Jalta, S. 661 f.

<sup>16</sup> CAB 99/31. Roosevelt meinte, die Vereinigten Staaten hätten im Grunde überhaupt kein Interesse an Reparationen. Sie selbst sah er deshalb eher in der Rolle eines ehrlichen Maklers. „The United States ... would be prepared to help the Soviet Government to get what they could out of Germany by the transfer of plants, etc. They would also help the British to increase their exports and would be glad to see their exports replacing German exports“ (S. 18).

des nicht zu gering veranschlagt werden dürften. Keine Siegermacht gehe aus dem Krieg mit so hohen finanziellen Belastungen und einer so heimgesuchten Wirtschaft hervor wie Großbritannien<sup>17</sup>. Die von Maisky veranschlagte Summe hielt er für viel zu hoch, es sei denn, man wolle Deutschland verhungern lassen. Schließlich gab er zu bedenken, ob die unter dem Feind *erduldeten Leiden* nicht ein besseres Kriterium für die Zuweisung von Reparationen seien als die im Krieg erbrachten Anstrengungen. Damit lenkte er den Blick auf die übrigen, vor allem kleineren Staaten Europas, die wie Holland, Belgien, Norwegen, aber auch Frankreich zwar viel erduldet hatten, zum endgültigen Sieg aber nur wenig beitragen konnten. „Dennoch dürfen wir es nicht zulassen, daß der Eindruck entsteht, die Großmächte seien nur auf ihre eigenen Interessen bedacht und ließen die der übrigen Nationen außer acht.“<sup>18</sup>

Die am 7. und 9. Februar auf Außenministerebene fortgeführten Beratungen des Reparationsproblems verliefen zunächst weitgehend konfliktfrei und wurden vor allem von der sachkundigen Verhandlungsführung der Sowjets bestimmt. Ein von dem amerikanischen Außenminister eingebrachter Alternativvorschlag orientierte sich im wesentlichen an dem Entwurf Maiskys. Er enthielt lediglich drei Ergänzungs- bzw. Änderungsvorschläge, wovon nur der dritte umstritten war, nämlich die Nennung bzw. der Verzicht auf die Nennung einer bestimmten Reparationssumme<sup>19</sup>. Während Molotow betonte, die Nennung einer Zahl sei für die Russen von großer Wichtigkeit, war Eden nicht bereit, sich bereits zu diesem Zeitpunkt auf eine Summe festlegen zu lassen. Stettinius indes kam Molotow entgegen und bot an, eine Summe von 20 Milliarden Dollar, wovon ein Anteil von 50 Prozent für die UdSSR in Erwägung gezogen werden sollte, als Diskussionsgrundlage für künftige Verhandlungen zu akzeptieren. Schließlich wurde den Regierungschefs mitgeteilt, daß trotz der noch ausstehenden endgültigen Zustimmung der Briten prinzipiell eine Einigung über Grundsätze einer gemeinsamen Reparationspolitik erzielt worden sei<sup>20</sup>.

Unterdessen hatte der britische Außenminister bei seinen Kabinettskollegen in London um Entscheidungshilfe nachgesucht. In einer eilends am 8. Februar noch für 22.30 Uhr einberufenen Sitzung diskutierte das Kriegskabinet die von sowjetischer Seite vorgeschlagenen Grundsätze und Richtlinien<sup>21</sup>. Die russischen Vorstellungen lösten in London Befremden aus. Die Höhe der geforderten Reparationssumme hielt man für geradezu phantastisch. Gleichwohl war man sich bewußt, die Sowjetunion besonders in dieser Frage mit Vorsicht behandeln zu müssen. Andererseits wurde be-

<sup>17</sup> CAB 99/31, S. 17. Churchill hob in diesem Zusammenhang besonders den Verlust eines großen Teils der auswärtigen Kapitalanlagen, die hohe Verschuldung sowie das Problem der Steigerung britischer Exporte zur Finanzierung von Lebensmitteleinfuhren hervor.

<sup>18</sup> CAB 99/31, S. 19.

<sup>19</sup> Vgl. Konferenzen von Malta und Jalta, S. 751. Keinen Widerspruch erregte der Vorschlag, als weiteres Kriterium für die Zuweisung von Reparationen die Höhe der Verluste eines Landes in Rechnung zu stellen. Außerdem sollten die Auswirkungen möglicher Dezentralisierungsmaßnahmen auf die Reparationsfähigkeit Deutschlands berücksichtigt werden.

<sup>20</sup> CAB 99/31, S. 65 f.

<sup>21</sup> FO 371/45775/UE 624. Hier finden sich das Telegramm Edens, die Antwort des Kabinetts sowie das Protokoll der in der Nachtsitzung geführten Diskussion.

tont, daß Großbritannien mehr als die Vereinigten Staaten oder die Sowjetunion von der Zukunft Europas unmittelbar betroffen sei und daher ein legitimes Interesse an der Schaffung eines „decent Europe“ habe. Für die weiteren Beratungen auf der Krim gab das War Cabinet zu bedenken, daß jede Reparationspolitik gegenüber Deutschland in erster Linie dem Zweck dienen müsse, das deutsche Kriegspotential, keinesfalls jedoch das gesamte industrielle Potential Deutschlands zu zerstören, zumal drastische Deindustrialisierungsmaßnahmen und hohe Reparationsforderungen einander ausschlossen. Darüber hinaus waren die Auswirkungen einer möglichen Aufteilung Deutschlands in mehrere Staaten auf seine Fähigkeit, Reparationen leisten zu können, unbedingt in Rechnung zu stellen. Auf jeden Fall mußte eine Situation vermieden werden, in der Deutschland ohne finanzielle Hilfe von außen seinen Reparationsverpflichtungen nicht nachkommen konnte. Die Besatzungskosten, die Mittel zur Finanzierung lebensnotwendiger Importe und zur Rückzahlung der Schulden des Deutschen Reiches aus der Zeit vor dem Krieg waren von den Deutschen vorher aufzubringen, ehe die Alliierten Anspruch auf Reparationen stellen konnten. Von daher war die Festlegung auf eine bestimmte Reparationssumme zu diesem Zeitpunkt völlig ausgeschlossen, zumal man sich ein zuverlässiges Bild von der wirklichen Lage in Deutschland noch nicht machen konnte. Um die hohen Reparationsansprüche der Sowjetunion annähernd befriedigen zu können, empfahl das War Cabinet, die Beschäftigung deutscher Arbeitskräfte als eine weitere wichtige Form von Reparationen in die Grundsätze zur alliierten Reparationspolitik aufzunehmen. Der Einsetzung einer Reparationskommission war zuzustimmen. Jedoch sollte Frankreich von Anfang an dabei sein und zu den übrigen alliierten Ländern ein enger Kontakt hergestellt werden<sup>22</sup>.

Auf der Grundlage dieser Empfehlungen des Londoner Kabinetts legte Eden noch am 10. Februar, dem vorletzten Tag der Konferenz auf der Krim, einen eigenen Entwurf zur Lösung der Reparationsfrage vor<sup>23</sup>. Das Befremden darüber war auf seiten der russischen Delegation groß. Molotow wies darauf hin, daß tags zuvor der amerikanische Außenminister bereits vor dem Plenum von einer prinzipiellen Einigung in der Reparationsfrage gesprochen hatte<sup>24</sup>. Gleichwohl fanden es die Sowjets weniger enttäuschend, daß in der Endphase der Beratungen noch zahlreiche neue Aspekte in die Diskussion eingebracht wurden. Vielmehr verärgerte sie die generelle Einstellung der Briten, „so wenig wie möglich von Deutschland wegzunehmen“<sup>25</sup>. Stalin fragte daher die Briten, ob sie es nicht vorzögen, den Russen überhaupt keine Reparationen zuzubilligen. Wenn dem so sei, solle man es bitte deutlich sagen<sup>26</sup>. Ohne jedoch eine Antwort abzuwarten, ging er noch einmal Punkt für Punkt der bereits verhandelten Grundsätze durch. Während Roosevelt sich beeilte, dem Marschall in allen Punkten

<sup>22</sup> FO 371/45775/UE 750 sowie UE 624.

<sup>23</sup> CAB 99/31, S. 85. Der britische Gegenvorschlag ist abgedruckt in: Konferenzen von Malta und Jalta, S. 819f.

<sup>24</sup> CAB 99/31, S. 99.

<sup>25</sup> CAB 99/31, S. 85.

<sup>26</sup> CAB 99/31, S. 98.

zustimmen, tat Churchill dies schließlich auch, allerdings unter dem Vorbehalt, daß er seine Regierung nicht an eine bestimmte Summe binden wollte<sup>27</sup>. So vermerkte das von Roosevelt, Churchill und Stalin unterzeichnete Protokoll über die Grundsätze einer gemeinsamen Reparationspolitik ausdrücklich, daß die britische Delegation nicht bereit war, die Nennung irgendeiner Zahl, auch nicht als Gesprächsgrundlage für künftige Verhandlungen, zu akzeptieren<sup>28</sup>. Die Amerikaner und Russen kamen hingegen überein, bei der Bemessung der Reparationen künftig von einem Gesamtwert in Höhe von 20 Milliarden Dollar auszugehen, wovon 50 Prozent der Sowjetunion zugesprochen werden sollten. Ansonsten folgte man weitgehend der russischen Vorlage, fügte jedoch hinzu, daß 1. Länder, die während des Krieges „schwerste Verluste“ erlitten hatten, ebenfalls Ansprüche auf Reparationen stellen konnten, 2. die Reparationspolitik der Alliierten vor allem dem Ziel dienen sollte, das deutsche Kriegspotential zu zerstören, und 3. die Beschäftigung von deutschen Arbeitskräften als dritte Form der Reparationen gelten sollte. Darüber hinaus betrachteten es die Briten als Erfolg, daß es gelungen war, die von den Sowjets vorgeschlagene Dauer von 10 Jahren für Lieferungen aus laufender Produktion zu verhindern und eine endgültige zeitliche Begrenzung dieses Reparationsprogramms kommenden Beratungen zu überlassen<sup>29</sup>.

War Jalta alles in allem wirklich ein überragender Erfolg für die britische Außenpolitik? Wohl kaum! Gewiß ging es in Jalta nicht nur um deutsche Reparationen und die Aufteilung Deutschlands. Andere Probleme waren drängender, wobei allerdings die Prioritäten von den Großmächten recht unterschiedlich gesetzt wurden. Was die Polenfrage für Churchill und die Gründung der Vereinten Nationen für Roosevelt, das war für Stalin die Deutschland- und vor allem die Reparationsfrage. Kam man Stalin in diesen Fragen entgegen, so glaubte man von ihm in Sachen Polen und Vereinte Nationen eine größere Konzessions- und Kooperationsbereitschaft erwarten zu können<sup>30</sup>. Faktisch gelang es jedoch den Sowjets, sowohl in der Polenfrage als auch in der Frage der Vereinten Nationen mehr Zugeständnisse zu erhalten als im Gegenzug in der Dismemberment- und Reparationsfrage machen zu müssen. Für die Sowjets hatte Jalta sich gelohnt<sup>31</sup>. Dies kann man für die Briten keineswegs behaupten. Sie

<sup>27</sup> CAB 99/31, S. 98.

<sup>28</sup> FO 371/45775/UE 774. Vgl. auch Konferenzen von Malta und Jalta, S. 904 f.

<sup>29</sup> FO 371/45775/UE 774.

<sup>30</sup> So telegraphierte Churchill am 8. Februar 1945 an seinen Stellvertreter Attlee zum Thema Reparationen und Dismemberment: „These considerable decisions were gratifying to the Russians and are helping us to reach solutions of the grave outstanding questions of Dumbarton Oaks and Poland“ (PREM 3/195 A, 1).

<sup>31</sup> Vgl. hierzu W. H. McNeill, *America, Britain and Russia: Their Conflict and Co-operation, 1941–46*, London 1953, der schon zu dem Ergebnis kam: „Yet Jalta was for the Western powers, and particularly for Roosevelt, a sort of Waterloo“ (S. 564). Selbst wenn man in der Formulierung nicht ganz so weit gehen möchte, ist jedenfalls der Versuch, Jalta als einen Fehlschlag sowjetischer Deutschlandpolitik zu interpretieren – wie es Fischer, Sowjetische Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg, tut – nicht aufrechtzuerhalten. Zum Dismemberment-Problem heißt es beispielsweise bei Fischer: „Weder die Gründung dieses alliierten Teilausschusses noch die Verankerung

waren nach Jalta gekommen, ohne auf eine deutschlandpolitische Debatte richtig vorbereitet gewesen zu sein. Weder in der Dismemberment- noch in der Reparationsfrage war kabinettintern zuvor eine Absprache erfolgt und eine eigene Konzeption entwickelt worden. Churchills Ja zur Aufteilung Deutschlands verpflichtete die britische Regierung zu einer Politik, die keineswegs die ungeteilte Zustimmung des Kabinetts fand<sup>32</sup>. Wie können wir uns nur zu einer solchen Politik verpflichten, hatte man sich besorgt in London gefragt, „wo doch überhaupt noch nicht geklärt ist, was dismemberment eigentlich bedeutet“<sup>33</sup>.

In der Reparationsfrage sah das Ergebnis nicht viel besser aus. Auch hier verfügten die Briten über kein eigenes Konzept, das sie den russischen Vorstellungen hätten entgegenstellen können. So konnten sie nur korrigieren und ergänzen, in jedem Falle nur reagieren. Ja, ehe die Briten selbst dies tun konnten, mußten sie zunächst einmal intern die eigene Position bestimmen. Gewiß haben sie sich standhaft geweigert, sich auf eine feste Reparationssumme festzulegen. Gewiß haben sie zusammen mit den Amerikanern die russische Vorlage um einige Aspekte in ihrem Sinne ergänzen können. Ihre auf ganz anderen Interessen basierende und demgemäß auf eine andere Behandlung Deutschlands in Sachen Reparationen zielende Politik jedoch, wie sie in den Empfehlungen des Londoner Kabinetts erstmals deutlich geworden war, vermochten sie in die erste gemeinsame Beschlußfassung der Alliierten zur Reparationspolitik nicht einzubringen<sup>34</sup>. Jeder Versuch, die Rahmenvereinbarung von Jalta im Sinne einer gemäßigten Reparationspolitik – wie sie sich auf seiten der Briten abzuzeichnen begann – zu interpretieren bzw. zu revidieren, mußte künftig den Argwohn der Sowjets erregen. Aus wirtschaftlichen wie sicherheitspolitischen Gründen waren diese an einer drastischen Reparationspolitik gegenüber Deutschland interessiert. Die Berechtigung einer solchen Politik in Frage zu stellen, wurde von den Sowjets als Politik zum Vorteil Deutschlands und zum Nachteil der Sowjetunion und damit als Gefährdung der alliierten Zusammenarbeit angesehen – wie Jalta bereits gezeigt hatte.

Schließlich hatte die britische Politik eine weitere Schlappe hinnehmen müssen, die ihre künftige Deutschlandpolitik und die Entwicklung ihres Verhältnisses zur Sowjetunion entscheidend beeinflusste. In Jalta war es nicht gelungen, die künftige alliierte Deutschlandpolitik von *einem* Gremium, wie es sich in der EAC angeboten hätte, weiter beraten und abstimmen zu lassen. Vielmehr wurden mit den Dismember-

---

des Teilungsgedankens in der Kapitulationsurkunde entsprachen dem sowjetischen Wunsch nach einem definitiven Aufgliederungsbeschuß“ (S. 125). Das Gegenteil war der Fall. Laut englischem Protokoll war es gerade Molotow, der die Einrichtung einer eigenständigen Kommission zu diesem Zweck in London vorschlug (CAB 99/31, S. 34). Daß die Initiative zur Änderung der Kapitulationsbedingungen von Stalin ausging, wurde bereits erwähnt. Von einem Scheitern der sowjetischen Reparationspolitik sprechen zu wollen (Fischer, S. 128), nur weil sich die Briten nicht auf eine bestimmte Reparationssumme festlegen wollten, verfehlt meines Erachtens eine angemessene Gewichtung der Ergebnisse von Jalta.

<sup>32</sup> Vgl. Draft Paper on the Dismemberment of Germany vom 24. 1. 1945 (FO 371/46871/C 879), ansonsten Sainsbury, *British policy and German unity*, S. 798 ff.

<sup>33</sup> FO 371/46871/C 524.

<sup>34</sup> Vgl. CAB 99/31, S. 35, 65 und 85.

ment- und Reparationskomitees gleich zwei weitere Gremien alliierter Deutschlandpolitik geschaffen, die schon durch die räumliche Distanz London-Moskau dem Wunsch Edens, Reparationen und Dismemberment im Zusammenhang zu sehen, deutlicher nicht hätten widersprechen können. Was war der Grund für einen solchen „absurden Beschluß“ – wie ein Beamter des Foreign Office am 16. Februar 1945 notierte –, „nicht die bereits bestehende Kommission für langfristige Deutschlandfragen zu benutzen, sondern neue, nahezu parallele interalliierte Gremien zu dem gleichen Zweck zu schaffen“<sup>35</sup>? Der Grund war, daß es dem hartnäckigen Bemühen der Briten Ende November 1944 gelungen war, Frankreich als gleichberechtigtes Mitglied an den Beratungen der Europäischen Kommission zu beteiligen. Aus britischer Sicht war es ein großer Erfolg, daß Frankreich in Jalta nicht nur eine Besatzungszone, sondern auch die Beteiligung an der Kontrollkommission angeboten wurde. Da diese Entscheidungen jedoch erst in Zukunft von Bedeutung waren, die Sowjets aber die laufenden Beratungen in der EAC systematisch verzögerten<sup>36</sup>, in dem Dismemberment-Komitee die Beteiligung Frankreichs zu verhindern und in der Reparationskommission bis nach Potsdam hinauszuzögern wußten, wurde deutlich, daß die Sowjetunion – trotz der bislang gemachten Zugeständnisse – Frankreich so weit wie möglich aus dem alliierten Entscheidungsprozeß in der Deutschlandpolitik heraushalten wollte. Zum einen vertraten die Sowjets die Meinung, Frankreich habe „wenig zu diesem Kriege beigetragen und seine Tore dem Feinde geöffnet“<sup>37</sup>. Zum anderen spielte gewiß auch die Furcht vor einem Übergewicht der Westmächte, vor einer möglichen britisch-französischen Allianz oder auch nur vor der Mitsprache eines weiteren Landes, vor allem in der Reparationsfrage, eine Rolle, was in jedem Falle die Durchsetzung der sowjetischen Interessen nur erschweren konnte<sup>38</sup>.

Nach Jalta hatten die Briten mit wachsenden Gegensätzen in der alliierten Deutschlandpolitik zu rechnen, wenn sie mit dem näherrückenden Ende des Krieges ihre Interessen gegenüber der Sowjetunion verstärkt zur Geltung bringen wollten. Um dieser Herausforderung künftig gewachsen zu sein, war die Suche nach Partnern unerlässlich. Die Notwendigkeit, die Amerikaner durch vorherige Absprachen für eine gemeinsame Politik gegenüber der Sowjetunion zu gewinnen, wurde dringender

<sup>35</sup> FO 371/50657/U 1039.

<sup>36</sup> Vgl. das Memorandum des FO vom 10.7. 1945: „Russian shortcomings at the EAC“ (FO 371/47964/N10053). Geklagt wurde auch über den Arbeitsstil des sowjetischen Vertreters in der EAC, den Botschafter in London Gusew: „As you know, the real trouble with the EAC is the weakness of the Soviet delegation. M. Gousew has proved himself a very slow worker and temperamentally unwilling or incapable of taking any initiative without explicit instructions from Moscow. Moreover, it is only with the greatest difficulty that he can be induced to ask for instructions upon questions upon which he has not already been briefed“ (FO 371/50656/U 323).

<sup>37</sup> Konferenzen von Malta und Jalta, S. 578.

<sup>38</sup> Die antifranzösischen Ressentiments saßen tief. Noch in Potsdam meinte Stalin, die Franzosen hätten im Grunde gar keine Reparationen verdient. „It should be remembered that she (= France, J.F.) had signed an armistice with Germany and had broken the common Allied front. He estimated that 150 enemy divisions on the eastern front had been provided or supplied from France“ (CAB 99/38, S. 245).

denn je. Als weitere Partner boten sich die übrigen europäischen Staaten und vor allem Frankreich an, an dessen Wiederherstellung als kontinentaler Großmacht Großbritannien ganz im Sinne traditioneller Gleichgewichtspolitik großes Interesse hatte. Um jedoch eine Politik gegenüber Dritten vertreten zu können, bedurfte es zunächst einmal der klaren Formulierung einer solchen Politik; einer Politik, die von noch nicht voll überschaubaren Gegebenheiten in Deutschland auszugehen, die eigenen Interessen zu definieren, mit den USA abzusprechen und schließlich gegenüber der Sowjetunion durchzusetzen hatte. Die Bewältigung einer solchen Aufgabe brauchte Zeit. Doch wie war diese angesichts der schnellen Entwicklung der Ereignisse zu gewinnen? Wohl nur dadurch, daß man schnelle Entscheidungen zu verhindern bzw. hinauszuzögern suchte. Die Frage bleibt, ob dadurch nicht wiederum wichtige Zeit verloren ging.

### Dismemberment- und Reparationskommission und der Streit um die Beteiligung Frankreichs

Der Beschluß von Jalta, zwei weitere alliierte Beratungskommissionen einzurichten, wirkte sich auf die gemeinsame Deutschlandplanung der Alliierten eher lähmend denn fördernd aus. Bei dem Versuch, diesen Beschluß in die politische Praxis umzusetzen, wurden insbesondere die Beziehungen zwischen Großbritannien und der Sowjetunion mehr und mehr belastet. Zu unterschiedlich waren die Interessen. Versuchten die Briten nach Jalta, verlorenes Terrain wiederzugewinnen, indem sie den engen Zusammenhang zwischen den Verhandlungen in der EAC, dem eigentlichen alliierten *long-term planning body*, und jenen in den Kommissionen für Dismemberment- und Reparationsfragen betonten<sup>39</sup>, so konzentrierte sich das Interesse der Sowjets weniger auf die EAC als vielmehr auf die Reparationskommission. Wiederholt drängten sie die Briten, endlich den Leiter ihrer Delegation zu benennen, um dadurch die Voraussetzungen für den Beginn der Verhandlungen in Moskau zu schaffen. Die Briten ihrerseits widersetzten sich jedoch ebenso kontinuierlich solchem Drängen, bis sie schließlich am 29. Mai 1945 auch den Namen ihres Vertreters in der Reparationskommission bekanntgeben konnten<sup>40</sup>. Der Grund für diese Verzögerung, der offiziell immer wieder angeführt wurde, auch wenn die erfolglose Kandidatensuche nicht selten die eigentliche Ursache war, war die konstante Weigerung zunächst beider Groß-

<sup>39</sup> FO 371/45775/UE 962. So hielten die Beamten des FO dem sowjetischen Drängen in der Reparationsfrage entgegen: „But we cannot conceal our astonishment that the Soviet Government should be pressing us in this way on one aspect of policy towards Germany when they simultaneously refused to make any progress with other aspects of equal or even greater urgency in the EAC“ (FO 371/45776/UE 1361).

<sup>40</sup> FO 371/45778/UE 2232. Die Amerikaner hatten bereits Anfang März Lubin als ihren Delegationsleiter benannt, der allerdings Ende April nach dem Tode Roosevelts durch Edwin Pauley bereits wieder ersetzt wurde. Kurz nach der Ernennung Lubins benannten die Sowjets Maisky als ihren Verhandlungsführer (FO 371/45775/UE 1221 und UE 1244).

mächte, dann aber vor allem der Sowjetunion, Frankreich in die beiden neuen Gremien als gleichberechtigtes Mitglied aufzunehmen. Angesichts der wenig konstruktiven Rolle, die Frankreich letztendlich in der alliierten Deutschlandpolitik gespielt hat, drängt sich die Frage auf, warum die Briten einen so großen Wert auf die Teilnahme Frankreichs auf allen Ebenen der alliierten Deutschlandpolitik legten<sup>41</sup>.

Ein erster Grund ist zweifellos in der Angst der Briten zu suchen, sie könnten möglicherweise am Ende des Krieges allein dastehen und sehen, wie sie mit dem Trümmerhaufen Europa fertig würden. Die Vorstellung, die Amerikaner könnten sich nach dem Krieg sehr schnell aus Europa zurückziehen, die Sowjets möglicherweise zu weit östlich halt machen, um sich der Verantwortung und den Kosten einer gemeinsamen Besetzung Deutschlands zu entziehen, bereitete dem englischen Premierminister gegen Ende des Krieges große Sorgen. In Briefen an Roosevelt und Stalin vom 15. und 16. November 1944 unterstützte Churchill deshalb den Wunsch Frankreichs, einen eigenen Beitrag im Krieg gegen Deutschland zu leisten, „um nicht als ein sogenannter Eroberer, der jedoch niemals gekämpft hat, nach Deutschland einziehen zu müssen“<sup>42</sup>. Die dafür notwendige und im wesentlichen von den Amerikanern auszurüstende Armee sollte vor allem hinter der Front für Ruhe und Ordnung sorgen und später bei der Besetzung von Teilen Deutschlands mithelfen. „Man muß sich stets vor Augen halten, daß innerhalb der nächsten fünf Jahre eine französische Armee vorhanden sein muß, die in der Lage ist, die Hauptaufgabe bei der Niederhaltung Deutschlands zu übernehmen.“<sup>43</sup> Die Erfahrungen von Jalta und das Verhalten der Sowjets bei der Eroberung Osteuropas ließen ein weiteres Motiv zum Vorschein kommen. Um überhaupt ein Gegengewicht zu dem drohenden Übergewicht der Sowjetunion schaffen zu können, war die rasche Stärkung Frankreichs notwendiger denn je. So hieß es in einer Note des Foreign Office vom 9. Februar 1945 an Außenminister Eden, es sehe fast so aus, als betreibe die Sowjetunion in politischer wie in militärischer Hinsicht eine gezielte Politik der Schwächung Westeuropas. „Mit sowjetischen Besatzungstreitkräften westlich der Elbe und möglicherweise auch in Rheinland-Westfalen, mit vier slawischen Satellitenstaaten (Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien und Bulgarien) als nach Westen und Süden gerichteter Vorhut, mit einem von inneren Wirren geschwächten und von Großbritannien entfremdeten Frankreich, mit einem verminderten Kontingent britischer Truppen und ohne Amerikaner in Deutschland würden die Russen in der Tat den Ball auf ihren Füßen haben.“<sup>44</sup>

Solche Analysen überraschen, insbesondere zu einer Zeit, in der alle öffentlich

<sup>41</sup> Zur französischen Deutschlandpolitik allgemein vgl. G. Kiersch, Die französische Deutschlandpolitik 1945–1949, in: C. Scharf, H. J. Schröder, Politische und ökonomische Stabilisierung Westdeutschlands 1945–1949. Fünf Beiträge zur Deutschlandpolitik der Alliierten, Wiesbaden 1977, S. 61–76.

<sup>42</sup> PREM 194/5.

<sup>43</sup> PREM 194/5.

<sup>44</sup> FO 371/50657/U 1039. Die Verfasser waren: Richard Law, Minister of State, und Sir Orme Sargent, Deputy Under-Secretary of State.

wahrnehmbaren Stimmungen auf Harmonie und Zusammenarbeit, nicht jedoch auf Konflikt mit der Sowjetunion standen<sup>45</sup>. Im Foreign Office hatte man jedoch Anfang 1945 endgültig erkannt, welche bedeutsamen machtpolitischen Veränderungen sich in Europa durch das Vorrücken der Roten Armee ergeben würden. Reagieren konnte und wollte man darauf freilich nur mit britischen Mitteln, mit Taktik und Diplomatie. Frankreich war die erste Karte, die man auszuspielen suchte. In gleichlautenden Schreiben nach Washington und Moskau startete das Foreign Office am 14. März eine neue Initiative, mit der es die beiden anderen Großmächte überzeugen wollte, wie sehr die gesamte alliierte Deutschlandpolitik profitieren würde, wenn die Franzosen an den Beratungen in Moskau teilnehmen könnten. Frankreich, so wurde argumentiert, habe ein legitimes und lebenswichtiges Interesse daran, mitzubestimmen, welche Politik künftig gegenüber Deutschland betrieben werde. Da es eine eigene Besatzungszone erhalten und im alliierten Kontrollrat vertreten sein werde, sei es nur sinnvoll, es bereits an der Planung jener Politik zu beteiligen, die es selbst später mittragen solle. Bleibe Frankreich ausgeschlossen, erhöhe das nicht nur die Gefahr einer französischen Obstruktionspolitik, sondern auch die Wahrscheinlichkeit, daß sich unter der Führung Frankreichs auch die übrigen europäischen Staaten gegen die Politik der Großmächte wenden würden. Zwar sei die Reparationspolitik nur ein Aspekt der alliierten Deutschlandpolitik, doch könne ein Ausschluß Frankreichs in dieser immerhin sehr zentralen Frage nicht ohne folgenschwere Auswirkungen auf die alliierte Zusammenarbeit insgesamt bleiben. Darüber hinaus wurde es als äußerst schwierig angesehen, daß Frankreich einerseits Mitglied der EAC war und an der Beratung von Fragen, die im weiteren Zusammenhang des Reparationsproblems standen, beteiligt, andererseits aber nicht darüber informiert werden durfte, was in Moskau in Sachen Reparationen verhandelt wurde.

Die in der EAC und in der Moskauer Reparationskommission verhandelten Probleme waren nach britischer Auffassung vielmehr so eng miteinander verknüpft, daß nur Verwirrung und Verzögerung die Folgen sein konnten, falls die Zusammensetzung der Kommissionen nicht dieselbe wäre<sup>46</sup>. Verwirrung und Verzögerung bestimmten in der Tat das Bild der alliierten Deutschlandpolitik der nächsten Wochen und Monate. Zwar unterstützte die Roosevelt-Administration in einem Antwortschreiben noch den britischen Standpunkt, doch war abzusehen, daß die Amerikaner eine weitere Verzögerung der Reparationsgespräche, an denen den Sowjets so viel lag und die laut Jalta-Beschluß sobald wie möglich als Drei-Mächte-Verhandlungen beginnen sollten, im Interesse der weiteren alliierten Zusammenarbeit nicht mehr lange hinnehmen würden<sup>47</sup>.

<sup>45</sup> Vgl. hierzu etwa B. Jones, *The Russia Complex. The British Labour Party and the Soviet Union*, Manchester 1977, S. 101 ff.

<sup>46</sup> FO 371/45775/UE 1083.

<sup>47</sup> Vgl. das Antwortschreiben aus Washington vom 5. April 1945 (FO 371/45776/UE 1458). Moskau stellte in seinem Antwortschreiben die Forderung auf, Polen und Jugoslawen ebenfalls zu den Reparationsverhandlungen hinzuzuziehen, falls es der Einbeziehung Frankreichs zustimmen sollte. Dieses stieß wiederum im FO auf Ablehnung. Hier herrschte die Meinung vor, daß statt Jugo-

Mit der Ablösung Isidore Lubins und der Ernennung Edwin Pauleys zum neuen amerikanischen Delegationsleiter am 27. April 1945 trat eine neue Phase in der Entwicklung des Streites um die Teilnahme Frankreichs an den Reparationsverhandlungen ein, die ohne einen Blick auf die Persönlichkeit Pauleys nicht verständlich wird. Seine Ernennung durch den seit 14 Tagen amtierenden Harry S. Truman löste in London wenig Begeisterung aus. Die Berichte, die über ihn im Foreign Office eintrafen, waren wenig schmeichelhaft. Es schien ein „obviously political appointment“<sup>48</sup>, eine Art Dankeschön des neuen Präsidenten an den Organisator seines vorjährigen Wahlkampfes um die Vizepräsidentschaft zu sein und weniger das Ergebnis einer Suche nach dem qualifiziertesten Verhandlungsführer in Sachen Reparationen. Pauley, der sich in der Rolle des entscheidungsfreudigen und erfolgreichen „big businessman“ gefiel, galt als „ein typischer dynamischer Ölmanager, von Skrupeln nicht übermäßig belastet, zynisch, ehrgeizig und stets auf den eigenen Vorteil bedacht“<sup>49</sup>. Sein überzogenes Selbstbewußtsein sorgte nicht nur für Spannungen zwischen ihm und Lubin, sondern auch zwischen ihm und dem State Department, das er mehrfach selbst in wichtigen außenpolitischen Fragen umging, um sich direkt an den Präsidenten zu wenden. Spannungen belasteten auch sein Verhältnis zu den Beamten des Foreign Office, die sich häufig zurückgesetzt und vor vollendete Tatsachen gestellt sahen und vor allem die von Pauley verbreitete „atmosphäre of horse trading and cheap politics“ bedauerten, wo doch „sensible negotiations“ angesichts der Bedeutung und Problematik des Gegenstandes erforderlich waren<sup>50</sup>.

Während in den Vereinigten Staaten die Vorbereitungen für die Moskauer Reparationsverhandlungen durch die Ernennung Pauleys erneut in Bewegung geraten waren, sahen sich die Briten Anfang Mai immer noch nicht in der Lage, den Namen ihres Delegationsleiters bekanntzugeben<sup>51</sup>. Je mehr Zeit verging, desto stärker drängten

---

slawien eher Holland und Norwegen einen Anspruch auf Teilnahme hätten. Die Reparationsfrage wurde mehr und mehr zu einer deutlichen Frage um Macht und Einfluß in Deutschland und Europa. Vgl. FO 371/45776/UE 1458.

<sup>48</sup> FO 371/45778/UE 2018.

<sup>49</sup> FO 371/45778/UE 2018. Zur Person Pauleys vgl. ferner FO 371/45778/UE 2115 und UE 2116.

<sup>50</sup> Dr. Lubin war offensichtlich sehr enttäuscht über seine Degradierung und sprach „openly of the ‚plunderbund muscling‘“ (FO 371/45778/UE 2018). Immer wieder begegnet man in den britischen Akten Hinweisen, wo zwischen der Haltung des State Department, die der britischen Ansicht häufig entsprach, und der Pauleys unterschieden wird, z. B.: FO 371/45784/UE 3184. Zu der von Pauley verbreiteten „horse trading atmosphere“ siehe FO 371/45781/UE 2805. Erwähnenswert ist ferner, daß auch die erste Ernennung, die Lubins, den Erwartungen der Briten nicht entsprochen hatte. Noch in letzter Minute hatten sie überlegt, durch eine Intervention beim amerikanischen Botschafter in London die Ernennung Lubins zu verhindern. Eine solche Vertretung der Amerikaner in Moskau „at a comparatively low level“ würde es den Briten nur schwerer machen, sich gegenüber den Forderungen der Sowjets durchzusetzen – wie Finanzminister Anderson in einem persönlichen Brief an Eden schrieb (FO 371/45775/UE 1221).

<sup>51</sup> Sir A. Salter, als erster im Gespräch und von Churchill favorisiert, lehnte am 14. April wegen des wahrscheinlichen Verlustes seines Unterhausmandates ab. Für Mr. Peak, von der Treasury am 19. April ins Gespräch gebracht, konnte Churchill sich nicht entscheiden. Mr. Franks vom Ministry of Supply schied wegen Unabkömmlichkeit aus. Vgl. FO 371/45776/UE 1450 und UE 1582

die Sowjets auf eine baldige Entscheidung. Im Foreign Office wuchs die Besorgnis, durch eine weitere Verzögerung den Sowjets gegenüber in eine immer schwierigere Position zu geraten<sup>52</sup>. Mit Erleichterung hatte man zwar am 30. April von der amerikanischen Botschaft in London zur Kenntnis genommen, daß die US-Delegation nicht eher nach Moskau reisen werde, bis die Frage der Beteiligung Frankreichs zufriedenstellend geklärt sei. Der Schock war um so größer, als am 17. Mai die Nachricht eintraf, ein großer Teil der amerikanischen Delegation mit Pauley an der Spitze werde bereits um den 20. Mai nach London kommen, um nach einem kurzen Zwischenaufenthalt über Paris nach Moskau weiterzureisen<sup>53</sup>. Pauley hatte sich offensichtlich zum ersten Mal über das State Department hinweg zu raschem Handeln entschlossen<sup>54</sup> und war nicht bereit, dem britischen Drängen nach Verschiebung des Reisettermins nachzugeben<sup>55</sup>. Die Frage des Reisettermins war ohnehin inzwischen zu einer Frage von zweitrangiger Bedeutung geworden, da die politische Entscheidung der Amerikaner bereits gefallen war, in Abweichung von ihrem früheren Verhalten nun doch auf der Grundlage von „Dreier-Gesprächen“, also ohne Frankreich, die Reparationsverhandlungen in Moskau zu beginnen. Am Rande der Konferenz von San Francisco hatte Pauley den britischen Außenminister über seine Entscheidung informiert<sup>56</sup>. Bereits am 18. Mai wurde die sowjetische Regierung durch den amerikanischen Botschafter in Moskau davon in Kenntnis gesetzt, daß die amerikanische Regierung „den Reparationsgesprächen auf einer Drei-Mächte-Basis zustimme, sich ihre Haltung hinsichtlich der Beteiligung Frankreichs allerdings nicht geändert habe

sowie FO 371/45778/UE 2232 und UE 2247. Ein Minister konnte aufgrund der innenpolitischen Entwicklung, die Neuwahlen immer wahrscheinlicher werden ließ, ohnehin nicht mehr gewonnen werden. So notierte Coulson, Head of the Economic Department im FO, am 25. Mai 1945: „We are extremely anxious that our delegation should be headed by a Minister and the only reason why this has not been possible was the *chaos caused by the general election*. (Hervorhebungen vom Verf.) The circumstances are, therefore, quite exceptional and it is in every way most important that our representative should be looked upon by the Russians as possessing the highest possible status“ (FO 371/45778/UE 2246).

<sup>52</sup> FO 371/45777/UE 1966: „It is still most important that we should appoint our representative as soon as possible, so that we do not put ourselves in the wrong with the Russians.“

<sup>53</sup> FO 371/45777/UE 1821.

<sup>54</sup> FO 371/45778/UE 2104. So sah es auch der britische Botschafter in Washington. „I am sure that in this matter Mr. Pauley with his go getting methods went over the head of the State Department to the President and secured his agreement, forging ahead with the Soviet Government on the Reparations question“ (FO 371/45778/UE 2259).

<sup>55</sup> FO 371/45777/UE 1821. Als politisches Motiv für den gewünschten Aufschub der Reise wird in dem Telegramm des FO nach Washington zwar wieder die ungelöste Frankreichfrage genannt, jedoch nicht verschwiegen, daß man im Grunde auf die Konferenz noch nicht genügend vorbereitet ist. „In any case it would embarrass us as we are not yet in a position to nominate our own representative and ministers have not yet approved instructions to the United Kingdom delegation.“

<sup>56</sup> Eden stimmte überraschenderweise zu. Leider ist nicht dokumentiert, in welcher Weise dieses Gespräch Pauley-Eden verlief. Es findet sich ohnehin nur in den amerikanischen Akten der Hinweis, daß dieses Gespräch überhaupt stattgefunden hat. Vgl. Foreign Relations of the United States, 1945, Band 3, Washington 1968: „The decision to begin reparation discussions on tripartite basis was agreed to by Eden in conversation with Pauley at San Francisco“ (S. 1221).

und sie daher nur unter der Voraussetzung zustimme, daß diese Frage in der Kommission selbst verhandelt würde, sobald sie zusammengetreten sei<sup>57</sup>. Die Beamten des Foreign Office reagierten verärgert und enttäuscht auf das amerikanische Vorgehen. Die Ungeduld von Mr. Pauley „to get on with his job“ hatte ihrer Ansicht nach die letzte Chance zunichte gemacht, von den Sowjets Zugeständnisse in der Frankreich-Frage zu erhalten. Nach dem Ende des Krieges in Europa war es eine schlechte Taktik, Zugeständnisse zu machen, ohne nach dem ‚quid pro quo‘ zu fragen<sup>58</sup>. Allein sahen die Briten jedoch keine Möglichkeit, eine harte Linie beizubehalten. Von einer Protestnote an die amerikanische Regierung abgesehen<sup>59</sup>, blieb ihnen nichts anderes übrig, als „to fall in line“<sup>60</sup>. Sollte in den Verhandlungen mit den Sowjets überhaupt noch etwas erreicht werden, so konnte ein Zerwürfnis mit den Amerikanern über die Frage der Beteiligung Frankreichs nicht riskiert werden. Nach seiner Rückkehr aus Amerika empfahl Außenminister Eden daher am 22. Mai dem Premierminister, unverzüglich den britischen Delegationsleiter für Moskau zu benennen<sup>61</sup>. Am 29. Mai, dreieinhalb Monate nach dem Beschluß von Jalta, eine Reparationskommission ins Leben zu rufen, fiel die Entscheidung. Sir Walter Monckton sollte für die Briten die Verhandlungen in Moskau leiten<sup>62</sup>.

Die Entwicklung in der Dismemberment-Frage verlief anders. Statt Verzögerungen gab es hier Verwirrungen, die allerdings ebenfalls aus der Frage der Beteiligung Frankreichs an den alliierten Beratungen der in London einzuberufenden Dismemberment-Kommission resultierten. Bereits am 7. Mai trafen sich Eden, Winant, Gusew und Strang zum ersten Mal, um Fragen der Aufteilung Deutschlands zu beraten. Der britische Außenminister warf sogleich die Frage der Beteiligung Frankreichs auf, widersprach jedoch nicht, als die beiden Botschafter gemeinsam die Auffassung vertraten, „diese Frage solle später diskutiert werden, wenn das Komitee Fortschritte in seiner Arbeit gemacht habe“<sup>63</sup>. Die Regierungen aller drei Mächte, so hieß es, waren zur Zeit mit der Dismemberment-Frage befaßt. Man kam daher überein, daß, sobald ein Mitglied des Komitees Material zur Verfügung stellen könne, dies den Kollegen mitgeteilt werden solle. Als erster unterbreitete Eden ein Papier, das sich mit den „terms of reference“ befaßte, nach denen das Komitee arbeiten sollte. Darin wurde deutlich, daß der britische Außenminister auch in der Dismemberment-Frage versuchte, den Jalta-Beschluß zu unterlaufen, um nachträglich britische Interessen doch noch zur Geltung zu bringen. In dem Entwurf hieß es nämlich, daß es das vorrangige Ziel der Alliierten sei, ein Wiederaufleben der deutschen Aggression zu verhindern. Dies sollte

<sup>57</sup> FO 371/45778/UE 2104.

<sup>58</sup> FO 371/45778/UE 2104.

<sup>59</sup> FO 371/45779/UE 2428.

<sup>60</sup> FO 371/45779/UE 2421. Vgl. auch Coulson, Summary of developments vom 22.5. 1945, in FO 371/45778.

<sup>61</sup> FO 371/45778/UE 2237.

<sup>62</sup> FO 371/45778/UE 2232. Monckton war Solicitor-General, zweiter Kronanwalt, der im Ministerrang dem Kabinett angehörte.

<sup>63</sup> Bericht über das erste „informal meeting“: FO 371/46871/C 849.

in erster Linie durch die Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Zerstörung und Kontrolle der deutschen Industrie und, *falls nötig*, zusätzlich auch noch durch eine Aufteilung Deutschlands erreicht werden<sup>64</sup>. Ein solcher Vorschlag bedeutete in der Tat eine Abkehr von Jalta. War dort doch ausdrücklich die Aufteilung Deutschlands beschlossen und ein neuer Ausschuß ins Leben gerufen worden, nicht etwa nur um zu prüfen, ob eine solche Maßnahme überhaupt notwendig sei, sondern um bereits konkrete Schritte zu erörtern. So ist verständlich, daß gerade der sowjetische Botschafter Gusew in einem Brief vom 15. März in einem solchen Sinne argumentierte und Vorbehalte gegen die „draft directive“ anmeldete<sup>65</sup>. Die weitere Entwicklung nahm jedoch einen ganz anderen Verlauf, als angesichts der erneut deutlich gewordenen Gegensätze zwischen Briten und Russen hätte erwartet werden können. In der zweiten Sitzung des Dismemberment-Ausschusses am 11. April 1945, die auch schon die letzte war, wurde lediglich noch zur Kenntnis genommen, daß eine Einigung in der Richtlinienfrage erzielt worden war<sup>66</sup>. Was war geschehen? Am 26. März 1945 hatte Gusew dem britischen Außenminister mitgeteilt, daß seine Regierung dem ursprünglichen Entwurf der „draft directive“ zustimme. Als Begründung hieß es: „Die sowjetische Regierung versteht den Beschluß der Krim-Konferenz in der Frage der Aufteilung Deutschlands nicht als eine unbedingte Verpflichtung, sondern nur als eine Möglichkeit, um Druck auf Deutschland auszuüben für den Fall, daß sich andere Mittel nicht als wirksam genug erweisen, dieses Land unschädlich zu machen.“<sup>67</sup> Am 6. April erklärte sich Winant seitens der amerikanischen Regierung mit dieser Interpretation des Krim-Beschlusses ebenfalls einverstanden. Damit war die seinerzeit von den Sowjets vertretene Auffassung offiziell widerrufen und die von Eden in Jalta vertretene Meinung nachträglich bestätigt worden<sup>68</sup>. Im Foreign Office war Verwunderung, aber auch Erleichterung über diese unverhoffte Wende in der Dismemberment-Frage deutlich spürbar.

Gleichwohl bestand zum Jubel kein Anlaß. Die Lage, in die sich die Alliierten durch das Hin und Her in der Dismemberment-Frage gebracht hatten, war verworren genug<sup>69</sup>. Seitdem sie in Jalta beschlossen hatten, in die Kapitulationsurkunde das Wort *dismemberment* einzufügen, gab es im Grunde zwei verschiedene Urkunden. Der erste Text war im Laufe des Jahres 1944 in der EAC beraten und von allen drei Großmächten bis zum Ende des Jahres angenommen worden. Frankreich war im November über diesen Text informiert worden und hatte im Januar 1945 in der EAC den Antrag gestellt, in den Kreis der Unterzeichner der Kapitulationsurkunde aufgenom-

<sup>64</sup> FO 371/46871/C 849.

<sup>65</sup> FO 371/46872/C 1352.

<sup>66</sup> FO 371/46872/C 1490.

<sup>67</sup> FO 371/46872/C 1354.

<sup>68</sup> FO 371/46872/C 1428. Zu den möglichen Motiven des sowjetischen Kurswandels vgl. Fischer, *Sowjetische Deutschlandpolitik*, S. 131 ff., sowie Buttlar, *Ziele und Zielkonflikte*, S. 28 ff.

<sup>69</sup> Vgl. Ph. E. Moseley, *Die Friedenspläne der Alliierten und die Aufteilung Deutschlands. Die alliierten Verhandlungen von Jalta bis Potsdam*, in: *Europa Archiv* 5 (1950), S. 3032–3043, bes. S. 3039 ff., ferner Meissner, *Die Vereinbarungen der Europäischen Beratenden Kommission*, bes. S. 45–49.

men zu werden. Die in Jalta beschlossene Textänderung blieb den Franzosen zunächst vorenthalten, da die Großmächte ebenfalls vereinbart hatten, Frankreich nicht von vornherein an den Beratungen des neuen Ausschusses für Dismemberment-Fragen teilnehmen zu lassen<sup>70</sup>, andererseits aber eine Information über die Änderung der Kapitulationsbedingungen bei den Franzosen sofort den Wunsch nach Mitsprache über das Wie einer Aufteilung Deutschlands wachgerufen hätte. Eine solche Mitsprache hatten Amerikaner wie Russen in der ersten Sitzung des Dismemberment-Ausschusses jedoch erneut abgelehnt. Als schließlich Ende März die Aufteilung Deutschlands allenfalls noch als Möglichkeit, keineswegs jedoch mehr als bindende Verpflichtung angesehen wurde, stand man vor dem Dilemma, welche der beiden Kapitulationsurkunden denn nun gültig war. Um zu der ursprünglichen Form zurückkehren zu können, hätte es schon eines formellen Beschlusses der drei Regierungschefs bedurft, die in Jalta die Änderung beschlossen hatten. Daran war schon aus Zeitgründen nicht zu denken. Die andere Möglichkeit war, die französische Regierung über die beschlossene Textänderung und ihre Interpretation durch die Alliierten zu informieren und um Zustimmung zu bitten. Die Durchsetzbarkeit eines solchen Verfahrens mußte angesichts der grundsätzlichen Anti-Haltung der Sowjets gegenüber den Franzosen als ebenso fraglich erscheinen. So sah schließlich Sir Orme Sargent, stellvertretender Unterstaatssekretär im Foreign Office, keine andere Möglichkeit, als „den gordischen Knoten einfach durchzuschlagen und den Amerikanern und Russen zu sagen, daß wir nun den Franzosen die ganze Geschichte erzählen“<sup>71</sup>.

Bevor es jedoch dazu kam, wurde Winant auf der zweiten Sitzung des Dismemberment-Komitees am 11. April in der Frankreich-Frage plötzlich aktiv<sup>72</sup>. Die EAC habe soeben eine Reihe von Änderungsanträgen zum Text der Kapitulationsurkunde seitens der französischen Delegation angenommen, welche Frankreich in eine gleichberechtigte Position zu den anderen drei Mächten bringe. Deshalb sei die Regierung der Vereinigten Staaten der Meinung, „daß die französische Regierung jetzt über die in Jalta beschlossene Änderung informiert und eingeladen werde, an den Beratungen des Komitees teilzunehmen“<sup>73</sup>. Eden stimmte sogleich zu. Gusew hingegen wollte erst bei seiner Regierung um Anweisungen nachsuchen. Diese trafen jedoch niemals ein.

<sup>70</sup> Vgl. Konferenzen von Malta und Jalta, S. 106, sowie Moseley, Die Friedenspläne der Alliierten, S. 3039.

<sup>71</sup> FO 371/46872/C 1489.

<sup>72</sup> Der von Moseley, Die Friedenspläne der Alliierten, S. 3039 f., erweckte Eindruck, wonach sich gerade die Amerikaner schon sehr frühzeitig für eine Lösung der genannten Probleme eingesetzt hätten, muß korrigiert werden, zumal Winant am 7. 3. 1945 noch für den Ausschluß Frankreichs von den weiteren Beratungen des Dismemberment-Komitees plädierte. Im FO wäre hingegen eine Initiative der Amerikaner zugunsten der Franzosen, was allerdings eine Abkehr von ihrer bisherigen Politik bedeutet hätte, nur begrüßt worden. Man wartete nach Jalta gewissermaßen auch darauf, daß die Russen oder auch die Amerikaner, die beide ja die ganze Sache eingebrockt hatten, aktiv würden. Vgl. etwa FO 371/46871/C 692. Im übrigen fällt auf, daß Winant am 11. 4. in der gleichen Weise und nahezu mit den gleichen Worten, wie W. Strang es am 6. 3. bereits getan hatte, für die Änderung der Kapitulationsbedingungen und die Teilnahme Frankreichs an den künftigen Beratungen des Dismemberment-Komitees eintrat. Vgl. FO 371/46871/C 877.

<sup>73</sup> FO 371/46872/C 1490.

Gleichwohl war die französische Regierung tags darauf bestens informiert. Eine Indiskretion des amerikanischen Botschafters in Paris brachte den Stein ins Rollen. Der britische Außenminister entschloß sich daraufhin, am Abend desselben Tages dem französischen Botschafter in London, Massigli, anlässlich eines Essens, an dem auch Winant teilnahm, den Stand der Entwicklung in der Dismemberment-Frage und die britische Haltung dazu zu erläutern<sup>74</sup>. Hinsichtlich einer möglichen Teilnahme Frankreichs an den Beratungen des Londoner Komitees hatte diese Unterredung allerdings keine Konsequenzen mehr. Die Frage der Teilnahme Frankreichs am Dismemberment-Komitee sollte sich von selbst erledigen. Mangels Interesses der drei Mächte wurde es ein weiteres Mal gar nicht mehr einberufen<sup>75</sup>.

Die weitere Entwicklung der Frage, welche Kapitulationsurkunde bei dem in Kürze erwarteten Zusammenbruch Deutschlands verwendet werden sollte, ist durch die detaillierte Schilderung Moseleys weitgehend bekannt<sup>76</sup>. Am 1. Mai wurde die Einbeziehung Frankreichs als weiterer Unterzeichnerstaat der Kapitulationsurkunde in der EAC geregelt. Offen war allerdings nach wie vor, unter welche Urkunde die Alliierten ihre Unterschriften setzen sollten. Der Versuch der Briten, gewissermaßen in letzter Minute den Jalta-Entwurf hinsichtlich seiner bindenden Verpflichtung zur Aufteilung Deutschlands durch die Einfügung der Worte „if necessary“<sup>77</sup> deutlich abzuschwächen, war vergebliche Mühe. Denn nicht einmal in der Frage, ob Frankreich überhaupt über die in Jalta beschlossene Änderung offiziell (!) informiert werden dürfe, war von den Sowjets trotz mehrfacher Anfragen eine Antwort zu bekommen. Eine gemeinsame Haltung der Alliierten in dieser Frage wurde nicht mehr erzielt. Das Ergebnis war, daß beide Versionen der Kapitulationsurkunde kurzerhand fallengelassen wurden. Inzwischen drängten die Militärs auf eine möglichst einfache Urkunde, um die Übergabe mit dem geringsten Aufwand an Verhandlungen und ohne große Verzögerungen durchführen zu können<sup>78</sup>. Statt einer Kapitulationsurkunde wurden daher schließlich zwei Urkunden unterzeichnet, die *militärische* Kapitulationserklärung am 8. Mai und die *politische* „Erklärung über die Niederlage und Besetzung Deutschlands“ fast einen Monat später, am 5. Juni 1945<sup>79</sup>. Von einer Aufteilung Deutschlands war in keinem der beiden Dokumente mehr die Rede. Hatten die Briten große Mühe aufgewendet, die unter dem Druck der Sowjets eingegangene Verpflichtung zur Aufteilung Deutschlands wieder rückgängig zu machen, die Amerika-

<sup>74</sup> FO 371/46872/C 1490. Am 13. April war Eden bereits auf dem Weg nach Washington, um an den Trauerfeiern für den verstorbenen Präsidenten Roosevelt teilzunehmen.

<sup>75</sup> Als der neue britische Außenminister Bevin am 16. August 1945 in Moskau und Washington anfragen ließ, ob überhaupt noch ein Interesse an diesem Gremium bestünde, lautete die einstimmige Antwort: „No need“ (FO 371/46872/C 4619).

<sup>76</sup> Vgl. Moseley, Die Friedenspläne der Alliierten, S. 3040 ff.

<sup>77</sup> FO 371/46872/C 1996.

<sup>78</sup> Moseley, Die Friedenspläne der Alliierten, S. 3041.

<sup>79</sup> Vgl. Text der Kapitulationsurkunde vom 8. Mai 1945 sowie die Deklaration der Alliierten über die Niederlage und Besetzung Deutschlands vom 5. Juni 1945 in Keesings Archiv der Gegenwart 15 (1945), S. 218 und S. 257.

ner hingegen nicht sonderlich viel Mühe in diesen Streit investiert<sup>80</sup>, so hatten die Sowjets innerhalb von drei Monaten eine Wende von 180 Grad vollzogen, als Stalin am 9. Mai öffentlich erklärte: „Die Sowjetunion hat nicht die Absicht, Deutschland aufzuteilen oder zu zerstören.“<sup>81</sup>

### Economic security: die Formulierung der britischen Reparationspolitik

Hatten die Beschlüsse von Jalta in der Deutschlandpolitik der Alliierten eher zu Verwirrungen und Verzögerungen geführt, so wirkten sie sich auf die Diskussion innerhalb der britischen Regierung deutlich belebend aus. Durch die Ergebnisse von Jalta gleichsam aufgeschreckt, ergriff der Chancellor of the Exchequer als erster die Initiative und legte am 7. März ein Memorandum vor, das sehr pointiert die während der Jalta-Verhandlungen erstmals vom War Cabinet formulierte Haltung fortschrieb und in der Frage „Reparations and Dismemberment“ deutlich Stellung bezog<sup>82</sup>. Besonders beunruhigt zeigte sich Anderson, als am 22. März die Beratung seines Memorandums im War Cabinet anstand, darüber, daß die Russen offenbar ein „Maximum an Reparationen mit einem Maximum an Aufteilung Deutschlands“<sup>83</sup> zu verbinden suchten. Eine solche Politik mußte langfristig nicht nur für Deutschland, sondern vor allem für Großbritannien gefährlich werden. Seiner Meinung nach waren deshalb die Reparations- und die Dismemberment-Frage nicht zwei Seiten ein und derselben Politik, sondern zwei einander ausschließende „alternative policies“<sup>84</sup>. Wo es Alternativen gab, mußte man sich entscheiden. So dürfte Anderson mit der Vorlage seines Memorandums vor allem die Absicht verfolgt haben, den Klärungsprozeß innerhalb der Regierung voranzutreiben, um zu einer Entscheidung für die eine oder andere Politik zu kommen. Seine Position war klar: eine an den britischen Interessen orientierte gemäßigte Reparationspolitik war einer mit vielen Unwägbarkeiten, Schwierigkeiten und wirtschaftlichen Nachteilen behafteten Politik der Aufteilung Deutschlands in mehrere kleine Staaten eindeutig vorzuziehen. Dabei sollte sich eine solche gemäßigte Politik vor allem von drei Grundsätzen leiten lassen. Erstens sollten Deutschland die Mittel belassen bleiben, die es zur Sicherung seines Existenzminimums benötigte. Um zweitens zu verhindern, daß notwendige Einfuhren von Deutschland nicht bezahlt werden konnten und es daher auf Hilfslieferungen des Auslandes angewiesen war, mußte sichergestellt werden, daß sämtliche Lieferungen aus Deutschland zuallererst mit den notwendigen Importen verrechnet wurden, ehe irgendwelche Reparationslei-

<sup>80</sup> Dieses ist nicht verwunderlich, wenn man daran denkt, daß nach Jalta der inneramerikanische Richtungsstreit in der Deutschlandpolitik einen neuen Höhepunkt erreichte. Vgl. dazu H. Graml, Zwischen Jalta und Potsdam. Zur amerikanischen Deutschlandplanung im Frühjahr 1945, in: VfZ 24 (1976), S. 308–323.

<sup>81</sup> FO 371/46872/C4618.

<sup>82</sup> FO 371/45775/UE 1159.

<sup>83</sup> FO 371/45775/UE 1299, S. 1.

<sup>84</sup> FO 371/45775/UE 1159, S. 1.

stungen erbracht werden konnten (first charge principle). Drittens mußte gewährleistet werden, daß ohne die Zustimmung der jeweiligen Besatzungsmacht keine „once-for-all deliveries“ (Demontagen bzw. einmalige Entnahmen von Waren, Lagerbeständen, Maschinen etc.) möglich waren und darüber hinaus jede Besatzungsmacht durch ein garantiertes Vetorecht gegen eine Verpflichtung zu Reparationsleistungen geschützt war, die es im Hinblick auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der eigenen Zone nicht verantworten zu können glaubte<sup>85</sup>.

Im weiteren Verlauf seines Memorandums betonte der Chancellor of the Exchequer immer wieder den Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung seines Landes und der Deutschlands. Da die britische Besatzungszone sich selbst nicht ausreichend versorgen könne, die Briten aber aufgrund ihrer eigenen schwierigen Wirtschaftssituation kaum in der Lage seien, entsprechende Hilfs- und Versorgungslieferungen zu finanzieren, sah Anderson nur zwei Möglichkeiten, die auf Großbritannien zukommenden Schwierigkeiten zu bewältigen: zum einen mußte die Produktivität der deutschen Wirtschaft auf ein Niveau gebracht werden, das Deutschland möglichst schnell befähigte, seine notwendigen Importe selbst zu finanzieren; zum andern war es unumgänglich, sich die materielle Unterstützung Amerikas über deren eigene Zone hinaus für ganz Deutschland, zumindest aber für die britische Zone, zu sichern, ohne jedoch gleichzeitig in finanzielle Abhängigkeit zu geraten. Um Großbritannien überhaupt eine solche Abhängigkeit ersparen zu können, mußte unter allen Umständen eine totale Zerstörung des deutschen Wirtschaftspotentials vermieden werden<sup>86</sup>. Spätestens hier tauchte die Frage der Sicherheit gegenüber Deutschland auf. Anderson empfahl, auf eine allzu drastische, allein auf den Sicherheitsaspekt gerichtete Politik zu verzichten, da sie zu leicht das Gegenteil von dem bewirke, was sie zu erreichen beabsichtige, nämlich Unsicherheit statt Sicherheit. Schließlich müsse man sich darüber im klaren sein, daß bei der engen Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit der Europas eine drastische Senkung des deutschen Lebensstandards nicht ohne Auswirkungen auf den Lebensstandard der übrigen Staaten Europas, insbesondere Großbritanniens, bleiben könne. Vielmehr müsse eine rigorose Reparationspolitik gegenüber Deutschland nicht nur in Deutschland selbst, sondern in ganz Europa erhebliche soziale und politische Erschütterungen heraufbeschwoeren<sup>87</sup>. Um solche Gefahren abzuwehren, schlug Anderson eine Neuorientierung in der britischen Deutschlandpolitik vor. Sicherheit vor Deutschland sollte künftig weniger durch Zerstörung als durch Bewahrung und Hebung des Nachkriegs-

<sup>85</sup> FO 371/45775/UE 1159, S. 1.

<sup>86</sup> FO 371/45775/UE 1159, S. 4.

<sup>87</sup> Konnte man angesichts solcher Überlegungen überhaupt noch irgendwelche Reparationen fordern? Bezeichnenderweise geht Anderson auf diese Frage nur mit zwei Sätzen ein. Vor allem plädierte er dafür, statt Lieferungen aus laufender Produktion und einmaligen Entnahmen, die in erster Linie ohnehin zur Finanzierung der notwendigen Importe verwendet werden müßten, die „services of German labourers“ als Reparationsleistungen zu verrechnen (FO 371/45775/UE 1159, S. 2).

niveaus der deutschen Wirtschaft erreicht werden. Dies bedeutete in der Tat eine Abkehr von der noch in Jalta primär vom Sicherheitsdenken geprägten Politik der Alliierten. Eine Abkehr von dieser Politik mußte jedoch unweigerlich zu erheblichen Konflikten mit den Sowjets führen, zumal der Anspruch der Sowjetunion auf hohe Reparationen weder von Roosevelt noch von Churchill jemals in Frage gestellt worden war. Der Versuch, diesen Anspruch erheblich zu reduzieren, um die deutsche Wirtschaft zu schonen oder gar zu fördern, konnte nicht ohne politische Konsequenzen bleiben. Anderson war bereit, solche Konsequenzen in Kauf zu nehmen. Er war sogar gewillt, diese Politik selbst dann weiterzuverfolgen, wenn sie sich für ganz Deutschland nicht durchsetzen ließ. Sollten etwa die russische Zone und Berlin in eine zu große Abhängigkeit von den Sowjets geraten, war zu überlegen, ob nicht wenigstens ein vereinigt Westdeutschland in das allgemeine Wirtschaftssystem Westeuropas integriert werden könnte<sup>88</sup>.

Eine derart dezidierte Stellungnahme des Chancellor konnte natürlich nicht ohne Widerspruch bleiben. Der zentralen These, wonach hohe Reparationserwartungen bei gleichzeitiger Aufteilung Deutschlands in mehrere Staaten zu einer gefährlichen Entwicklung in ganz Europa führen müßten, mochte im Foreign Office so recht niemand zustimmen. Vielmehr wurde die Notwendigkeit betont, beides im Zusammenhang zu sehen und die Auswirkung der einen auf die andere Maßnahme jeweils mitzubedenken. Von einer Unvereinbarkeit der Aufteilung Deutschlands und der Forderung nach Reparationen könne jedoch nicht die Rede sein. Ebenso wenig war man der Meinung, daß eine Aufteilung Deutschlands bereits weitere Maßnahmen zur ökonomischen Sicherheit vor Deutschland überflüssig machen würde<sup>89</sup>. Gleichwohl sprach man im Foreign Office nicht einer harten Politik das Wort, sondern suchte nach einem mäßigen Weg, der die Sicherheitsfrage zwar nach wie vor sehr hoch ansetzte – zumal die Meinung vorherrschte, Deutschland bleibe gefährlich, auch wenn es ihm gut gehe –, der aber gleichzeitig negative Auswirkungen auf die Wirtschaft Großbritanniens und die der anderen Staaten Europas möglichst ausschloß<sup>90</sup>. Das geeignete Mittel dazu schien das *first charge principle* zu sein. Die Frage war nur, ob die Sowjets angesichts ihrer hohen Reparationsansprüche überhaupt zur Anerkennung eines solchen Prinzips zu bewegen waren, zumal – wie Außenminister Eden befürchtete – „wir erhebliche Schwierigkeiten haben dürften, uns mit den Russen darüber zu verständigen, welche Güter Deutschland zu seiner Versorgung wirklich benötigen wird“<sup>91</sup>.

Auf entschiedenen Widerstand indes stieß im Foreign Office die Überlegung,

<sup>88</sup> FO 371/45775/UE 1159, S. 4. Im Original lautet die entsprechende Stelle: „If we have to assume that the Russian Zone of Occupation will gradually include the area of Berlin and develop into a governmental or administrative system which is amenable to Russian policy, then at least we ought to consider whether there should not be a unified western Germany which can be fitted into the general economy of the western European countries.“

<sup>89</sup> FO 371/45775/UE 1159 (Stellungnahme des FO vom 21. 3. 1945).

<sup>90</sup> FO 371/45775/UE 1118 (Troutbeck, Minute vom 10. 3. 1945).

<sup>91</sup> FO 371/45775/UE 1118 (Eden an Anderson, 13. 3. 1945).

Deutschland eventuell in zwei Interessensphären aufzuteilen<sup>92</sup>. Eine solche Politik schien Eden höchst gefährlich zu sein. „Ich denke“, so schrieb er an Anderson, „wir müssen vielmehr gewaltige Anstrengungen unternehmen, um Einigkeit unter den Alliierten bei der Behandlung Deutschlands zu erreichen, ehe wir uns auf eine Politik der getrennten Einflußsphären zurückziehen.“<sup>93</sup> Und in einer Stellungnahme des Foreign Office hieß es, eine solche Politik liefe unweigerlich darauf hinaus, „daß unsere Europapolitik direkt gegen Rußland gerichtet sein würde“<sup>94</sup>. Zu einer solchen Neuorientierung seiner Politik war das War Cabinet im März 1945 noch nicht bereit. Auffallend ist jedoch, daß es in der Grundtendenz mit der Argumentation des Chancellor durchaus übereinstimmte. Die Absicht, in der britischen Deutschlandpolitik künftig die eigenen wirtschaftlichen Interessen stärker in den Vordergrund zu stellen, wurde sehr wohl unterstützt. Gleichwohl schreckte man, insbesondere seitens des Foreign Office und des Premierministers selbst, vor möglichen negativen bzw. noch nicht kalkulierbaren politischen Folgen zurück. Churchill war daher auch nicht bereit, irgendwelche Beschlüsse zu fassen, die eine Abkehr von der in Jalta beschlossenen Politik bedeutet hätten. So kam man überein, die von den Alliierten beschlossene Verfahrensweise, die Aufteilungs- und Reparationspolitik in zwei getrennten Gremien zu beraten, nicht in Frage zu stellen. Churchill selbst versprach, die Sache noch einmal zu überdenken und sie zu einem späteren Zeitpunkt wieder vor das Kabinett zu bringen<sup>95</sup>.

Neue Entscheidungen hatte diese Diskussion also nicht gebracht, jedoch die Erkenntnis gefördert, daß es höchste Zeit war, sich auf die Moskauer Verhandlungen intensiver vorzubereiten. So griff Eden am 29. März 1945 den bereits am 22. Februar von Anderson gemachten Vorschlag auf, einen interministeriellen Ausschuß von Experten einzurichten, um die Reparationsfrage zu erörtern und die Richtlinien für die britische Delegation auszuarbeiten<sup>96</sup>. Churchill stimmte zu und verfügte am 14. April, einen Ministerausschuß zu bilden, dem ein Ausschuß von Beamten aus den beteiligten

<sup>92</sup> Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, daß es sich bei dem Vorschlag Andersons um die *Teilung* Deutschlands in zwei Hälften mit unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Einflüssen handelte und nicht mehr um eine Aufteilung Deutschlands in mehrere Staaten. Aufgetaucht war der Gedanke einer Teilung Deutschlands erstmals in einem Memorandum der Chiefs of Staff vom 25.8. 1944, in dem sie aus militärischen Überlegungen heraus entsprechend der Einteilung Deutschlands in drei Besatzungszonen eine Aufteilung in drei Staaten befürworteten. Freilich lief die geforderte Aufteilung im Grunde auf eine Teilung hinaus: „Our interests are therefore likely to be better served in this event by the acceptance of dismemberment, for we might hope eventually to bring North-Western, and possibly Southern Germany also, within the orbit of the Western European Group. This would give increased depth to the defences of the United Kingdom and increase the war potential of that group.“ Eine solche Teilung verhindere ein Zusammengehen eines ungeteilten Deutschlands mit der Sowjetunion und sei daher „as an insurance against a hostile U. S. S. R.“ langfristig nur von strategischem Vorteil (PREM 3/192/2).

<sup>93</sup> FO 371/45775/UE 1118.

<sup>94</sup> FO 371/45775/UE 1159.

<sup>95</sup> FO 371/45775/UE 1299.

<sup>96</sup> FO 371/45776/UE 1159.

Ministerien zugeordnet werden sollte<sup>97</sup>. Faktisch wurde die eigentliche Arbeit in dem Expertenausschuß geleistet, der sich zwischen dem 6. April und 14. Mai insgesamt siebenmal traf, um die von der Treasury vorgelegten „draft instructions“ zu beraten<sup>98</sup>. Die Minister selbst hatten sich nur ein einziges Mal getroffen, ehe Mitte Mai 1945 die Koalitionsregierung auseinanderbrach. Anderson, nach wie vor im Amt, entschloß sich angesichts dieser Umstände, die Reparationsfrage einschließlich der Anweisung für die britische Delegation zur weiteren Beratung dem *Caretaker Cabinet* vorzulegen. In der Sitzung des Kabinetts vom 11. Juni 1945 wurde erneut unter dem Vorsitz des Finanzministers ein Ministerausschuß bestellt, der die „draft instructions“ im Lichte der Diskussion der Mitglieder des Kabinetts noch einmal überarbeiten sollte, dann jedoch ermächtigt war, im Namen des Kabinetts dem Solicitor-General die endgültigen Anweisungen für dessen Verhandlungen in Moskau an die Hand zu geben<sup>99</sup>.

Ehe es soweit war, gingen Wochen intensiver Beratungen voraus. In zahlreichen Sitzungen, Memoranden, Stellungnahmen bemühten sich die Briten, ihre Haltung in der Deutschland- und Reparationspolitik abzuklären. Eine Unzahl von Gutachten wurde von Experten der verschiedenen Ministerien zu Einzelfragen einer künftigen Reparationsregelung angefertigt, von denen allein zwanzig als Anlagen den britischen Verhandlungsrichtlinien für Moskau beigefügt wurden<sup>100</sup>. Wäre es in der Dismemberment-Frage nicht so unverhofft zu einer Übereinkunft gekommen, wäre die Anzahl der Papiere um ein Vielfaches höher gewesen, da sämtliche Möglichkeiten einer Aufteilung Deutschlands auf ihre jeweiligen reparationspolitischen Konsequenzen hin hätten untersucht werden müssen<sup>101</sup>. Da inzwischen die Aufteilung Deutschlands kein Thema mehr war, konnte bei den Beratungen – ganz wie Anderson es gewollt hatte – davon ausgegangen werden, daß Deutschland als einheitlicher Staat, wenn auch im Osten um einige Gebiete geschmälert, fortbestehen und bei der Regelung der Reparationsfrage als zusammenhängendes Ganzes zu behandeln sein würde. Entfiel das Dismemberment-Problem, über dessen Behandlung es immerhin zu Mei-

<sup>97</sup> FO 371/45775/UE 1038 und UE 1159; FO 371/45776/UE 1542 und UE 1682. Dem Ausschuß gehörten folgende Minister an: Chancellor of the Exchequer (Chairman), Secretary of State for Foreign Affairs, Minister of Labour and National Service, President of the Board of Trade, Minister of Supply, Minister of Food, Paymaster General.

<sup>98</sup> FO 371/45776/UE 1582. Ein erster Entwurf der „Instructions to the British Delegation“ wurde am 10.4. in Umlauf gebracht (FO 371/45776/UE 1720). Eine zweite überarbeitete Fassung stammt vom 17.4., die schließlich mit den Ergebnissen der weiteren Beratungen in einem Memorandum des Chancellor of the Exchequer am 5. Juni als Kabinettsvorlage gedruckt wurde (FO 371/45779/UE 2406).

<sup>99</sup> CAB 65 (53), C. M. 7 (45).

<sup>100</sup> FO 371/45776/UE 1720.

<sup>101</sup> Noch Ende März hatte Eden der Auffassung zugestimmt, in den Verhandlungsrichtlinien für Moskau nicht nur von einem einheitlichen Deutschland auszugehen, sondern alle möglichen hypothetischen Fälle der Aufteilung Deutschlands mit ihren jeweiligen wirtschaftlichen Konsequenzen durchzuspielen. „Our representative would have to point out all the difficulties which are bound to arise in each one of the hypothetical cases, and invite the Russians to explain how they proposed to meet them“ (FO 371/45775/UE 1159, Sargent Minute).

nungsunterschieden zwischen der Treasury und dem Foreign Office gekommen war, stand einer Formulierung der offiziellen Reparationspolitik im Sinne des Anderson-Memorandums im Grunde nichts mehr im Wege<sup>102</sup>.

Die weitere Diskussion über die endgültige Formulierung der britischen Politik in der Reparationsfrage wurde daher von folgenden Überlegungen bestimmt<sup>103</sup>:

1. Eine Wiederholung jener Reparationspolitik, wie sie nach dem Ersten Weltkrieg Deutschland gegenüber betrieben worden ist, muß auf jeden Fall vermieden werden<sup>104</sup>. Reparationen sind ausschließlich in Form von Waren, „know how“ und vor allem Arbeitskräften, keineswegs jedoch in Geld zu leisten. Eine langfristige Beeinträchtigung des internationalen Warenaustausches ist durch eine möglichst kurz befristete Reparationszeit zu verhindern. Die deutsche Wirtschaft ist auf keinen Fall so zu belasten oder gar zu zerstören, daß sie für unbegrenzte Zeit als Handelspartner ausfallen und der Weltwirtschaft als Dauerschuldner zur Last fallen wird. Schließlich ist auch die Gefahr der Wiederbelebung eines revanchistischen deutschen Nationalismus nur durch eine gemäßigte Reparationspolitik zu verhindern.
2. Die Zerstörung der tatsächlichen, aber auch potentiellen deutschen Kriegsindustrie ist oberstes Ziel einer gegen Deutschland gerichteten wirtschaftlichen Sanktionspolitik<sup>105</sup>. Um ein solches Ziel zu erreichen, ist es erforderlich, neben der Zerstörung der eigentlichen Rüstungsindustrie auch drastische Maßnahmen gegenüber bestimmten Bereichen der deutschen Wirtschaft zu ergreifen, die möglicherweise als Grundlage einer Wiederaufrüstung dienen können. Hierzu zählen die zivile Luftfahrtindustrie ebenso wie die Handelsschifffahrt und Handelsschiffahrtsindustrie, die Herstellerbetriebe von Kugel- und Rollenlagern, von synthetischem Öl,

<sup>102</sup> Freilich gab es auch den Versuch, das Kabinett auf einen „harten Frieden“ festzulegen. Mit durchaus verständlichen Argumenten setzte sich der Paymaster General in einem Memorandum vom 7. April unter dem Titel „British Exports, German Industry and Reparations“ für eine radikale Verdrängung der Deutschen von ihren traditionellen Exportmärkten ein. „Our biggest opportunity lies in the capture of the German and Japanese export markets.“ Schließlich hätten die Deutschen den Briten den Krieg aufgezwungen, was zu der hohen Verschuldung Großbritanniens geführt habe. „From the British point of view, the slower the recovery of German industry, the better.“ Das schloß natürlich jede Hilfe für einen Wiederaufbau oder auch nur ein Ingangsetzen der Produktion, selbst mit dem Ziel, die Reparationsfähigkeit der Deutschen zu erhöhen, aus. Im Gegenteil: „... the more we curtail her heavy industry, the greater will be our military security.“ „Quite apart from questions of military security, it means deliberately throwing away the largest single chance we have of restoring and expanding our exports, without which we are condemned to poverty, penury, debt and decline“ (PREM 3/192/3). Das Memorandum, das von militärischer Seite durchaus unterstützt wurde (CAB 66/65/W.P. 45 268), fand jedoch nicht die Zustimmung des Kabinetts. Vgl. CAB 65 (53), C. M. 7 (45).

<sup>103</sup> Vgl. zum Folgenden: FO 371/45779/UE 2406.

<sup>104</sup> Zur Reparationspolitik nach dem Ersten Weltkrieg vgl. neuerdings P. Krüger, Das Reparationsproblem der Weimarer Republik in fragwürdiger Sicht. Kritische Überlegungen zur neuesten Forschung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 29 (1981) S. 21–47.

<sup>105</sup> In den Empfehlungen für Moskau heißt es sogar: „Moreover, in the opinion of his Majesty's government, security is more important than reparation; and it is essential that until agreement has been reached on a policy for stripping Germany of her war potential, decisions taken on reparation should not prejudice that policy.“ FO 371/45779/UE 2406, S. 2.

von Ammoniak und Methanol sowie Teile der Stahlindustrie und der Werkzeugmaschinenbau, soweit er den Bedarf einer Friedenswirtschaft überschreitet. Die restliche Industrie soll dagegen weitgehend erhalten bleiben<sup>106</sup>.

3. Deutsche Reparationsleistungen dürfen weder zu einer direkten noch zu einer indirekten Belastung der britischen Wirtschaft werden. Zum einen muß Deutschland befähigt werden, für die Besatzungskosten ebenso wie für die notwendigen Importe von Rohstoffen und Lebensmitteln selbst aufzukommen. Zum anderen muß verhindert werden, daß Fertigwaren aus der laufenden Produktion als Reparationen anerkannt werden, da sie eine Gefährdung der britischen Exportinteressen darstellen. Ihre Lieferung erzeugt Abhängigkeiten, die langfristig die Nachfrage nach deutschen Produkten begünstigen, die Sicherung und Ausweitung britischer Exportmärkte hingegen bedrohen. Dies gilt nicht für Rohstoffe, Arbeitskräfte und einmalige Lieferungen aus Lagerbeständen und bestehenden Anlagen<sup>107</sup>. Da England an der Wiederherstellung eines freien Welthandels ein unmittelbares Interesse hat, ist unbedingt auf eine zeitliche Begrenzung des Reparationsprogramms zu dringen. „Once-for-all deliveries“ sollen nur in den ersten beiden Nachkriegsjahren möglich sein. Lieferungen aus laufender Produktion, vor allem von Rohstoffen und Halbfertigwaren, sind auf einen Zeitraum zwischen fünf und maximal zehn Jahren zu befristen. Die Deportation von Arbeitskräften soll nur innerhalb einer kurzen Periode möglich und ebenfalls nur von kurzer Dauer sein, um die Rückkehr zu normalen Verhältnissen in Deutschland wie in den Empfängerländern von Reparationen so schnell wie möglich zu erlauben<sup>108</sup>.
4. Die endgültige Reparationsregelung hat die Ansprüche der Großmächte und die der übrigen alliierten Staaten in gleicher Weise zu berücksichtigen und die Ansprüche mit den tatsächlichen Gegebenheiten in Deutschland in Einklang zu bringen. Um zu einer möglichst gerechten Lösung zu kommen, ist eine umfassende, institutionalisierte Regulierung dieser Ansprüche unerlässlich. Die *Moskauer Reparationskommission* hat die Rahmenbedingungen dafür festzulegen, in welchem Umfang, in welcher Form und an welche Staaten Deutschland Reparationen zu leisten hat. Aufgabe der *Restitution, Deliveries and Reparation Division* der *Control Commission* ist es, die notwendigen internen Informationen und Daten bereitzustellen und zu prüfen, ob die beschlossenen Lieferungen mit dem generellen Plan übereinstimmen und die Zustimmung des jeweiligen Zonenkommandanten gefunden haben. Schließlich soll eine noch zu gründende *Inter-Allied Reparation Commission*, in der alle anspruchsberechtigten Staaten vertreten sind, das endgültige Reparationspro-

<sup>106</sup> PREM 3/192/3 Industrial disarmament of Germany – Memorandum des Minister of State vom 14. Juni 1945.

<sup>107</sup> FO 371/45779/UE 2406, S.6. Als Reparationen kamen vor allem in Frage: Kohle, Pottasche, Holz, Zement und Ziegelsteine. Nahrungsmittel sollten auf keinen Fall als Reparationen gelten. „Otherwise the food surplus in Eastern Germany will be removed to Russia and the Western Powers will be obliged to provide foodstuffs to make good the deficiency in Western Europe“ (S.6).

<sup>108</sup> FO 371/45779/UE 2406, S.7.

gramm beschließen und seine Durchführung koordinieren und überwachen<sup>109</sup>. Ehe jedoch eine solche Kommission die Arbeit aufnehmen kann, soll eine *Interim Allocation Machinery* vorläufig diese Aufgabe übernehmen<sup>110</sup>.

Die Fehler der Reparationspolitik nach dem Ersten Weltkrieg nicht zu wiederholen, die deutsche Wirtschaft zwar mit gezielten Sanktionen, insbesondere gegen die Rüstungsindustrie, zu belegen, jedoch nicht völlig zu zerstören, Belastungen und Gefahren für die britische Wirtschaft zu verhindern und zu einem gerechten Interessenausgleich zwischen allen reparationsberechtigten Staaten zu kommen, waren somit die Grundprinzipien britischer Deutschland- und Reparationspolitik, wie sie sich am Ende des Zweiten Weltkrieges darstellten. Sicherheit vor Deutschland – das war den Briten inzwischen klargeworden und darin unterschieden sie sich keineswegs von den beiden anderen Großmächten – war weniger ein absoluter als vielmehr relativer Wert. Der Verzicht, Sicherheit durch die politische Zerstückelung Deutschlands zu erwirken, ist dafür ein deutlicher Beweis. Sicherheit wurde jetzt stärker ökonomisch definiert und im Hinblick auf die eigenen wirtschaftlichen Interessen relativiert, wie es der gegen Ende des Krieges bei den Briten immer geläufiger werdende Begriff der *economic security* als Ziel ihrer Politik gegenüber Deutschland klar zum Ausdruck bringt. *Security* und *prosperity* waren nicht mehr von einander zu trennen<sup>111</sup>. Dies galt vor allem für die beiden europäischen Großmächte UdSSR und Großbritannien, deren wirtschaftlicher Wiederaufbau eng mit der Frage der wirtschaftlichen Behandlung Deutschlands zusammenhing, wenn auch auf je unterschiedliche Weise. So ist nicht verwunderlich, daß sämtliche Überlegungen und Beratungen der Briten von der bänglichen Frage bestimmt wurden, inwieweit es gelingen würde, die Sowjets von ihrer drastischen Reparationspolitik abzubringen und auf einen gemäßigeren Kurs zu lenken, ohne einen Bruch mit ihnen zu riskieren<sup>112</sup>.

Schwierige Verhandlungen standen bevor. Rasche Ergebnisse waren nicht zu erwarten, zumal die jüngsten Erfahrungen mit den Sowjets in Osteuropa und auf dem Balkan gezeigt hatten, „that we had everything to lose by leaving things vague“<sup>113</sup>. Für die Moskauer Verhandlungen erhielt Monckton daher die Anweisung, unbedingt darauf zu achten, „daß sämtliche Dokumente absolut klar und eindeutig formuliert

<sup>109</sup> Auf die Errichtung eines solchen „semi-permanent-body“ legten die Briten, insbesondere das Foreign Office, großen Wert. „It is most important to avoid the impression that the Great Powers are settling all reparation questions over the heads of the smaller countries, many of whom have suffered great damage.“ Da man es im Hinblick auf die künftigen Macht- und Abstimmungsverhältnisse in diesem Gremium für sehr wahrscheinlich hielt, „that the vote will go by great powers and their satellites against other great powers and their satellites“, kam es für die Briten zunächst einmal darauf an, Punkte zu sammeln. „Who will be our supporters depends very largely on the form of the agreement reached“ (FO 371/45779/UE 2406).

<sup>110</sup> Zur Frage „machinery for executing the reparation plan“ insgesamt: FO 371/45780/UE 2674 (Bericht des official committee on reparations vom 17. Mai 1945). Ferner FO 371/45776/UE 1560 und UE 1603.

<sup>111</sup> Vgl. Jerchow, Deutschland in der Weltwirtschaft, bes. S. 35 f., S. 78 ff. und S. 144.

<sup>112</sup> FO 371/45780/UE 7567.

<sup>113</sup> FO 371/45777/UE 1721.

und nicht eher unterzeichnet werden, bis wir sicher sein können, daß sie keine unterschiedlichen Interpretationen mehr zulassen<sup>114</sup>. „Hart und zäh“ sollten die Briten die Verhandlungen führen und vor allem „mit dem festen Willen zum Erfolg in sie hineingehen“<sup>115</sup>. Waren sie im Februar schlecht vorbereitet, aber mit viel Optimismus in die Verhandlungen mit den Sowjets und Amerikanern gegangen, so war es im Sommer 1945 gerade umgekehrt. Sachlich waren sie recht gut präpariert, allein Zuversicht auf Erfolg wollte sich in der britischen Verhandlungsdelegation nicht so recht einstellen<sup>116</sup>.

### Reparationsverhandlungen in Moskau und Potsdam und das Ende der Einheit Deutschlands

Die alliierten Reparationsverhandlungen, die am 19. Juni in Moskau begannen und am 1. August in Potsdam zu einem vorläufigen Abschluß kamen, wurden vor allem von den Aktivitäten und Initiativen der Amerikaner geprägt. Bereits in der ersten Sitzung teilte Pauley den Briten und Sowjets mit, er habe die Absicht, in möglichst kurzer Zeit ein optimales Ergebnis zu erzielen, um spätestens Mitte Juli Moskau wieder verlassen zu können<sup>117</sup>. Dieser selbst auferlegte Zwang zu raschem Erfolg führte dazu, daß Pauley, wie die Briten klagten, nicht selten weniger an der Sache selbst als an Ergebnissen interessiert und bereit war, „alles zu akzeptieren, dem sowohl die britische als auch die sowjetische Delegation zustimmen konnten“<sup>118</sup>. Im Unterschied zu den Amerikanern hielten sich die Briten wie die Sowjets mit eigenen Vorschlägen zurück. Im Falle der Sowjets mußte dies besonders überraschen, da gerade sie auf einen schnellen Beginn der Reparationsverhandlungen gedrängt hatten. In Moskau hatten sie jedoch nichts anderes anzubieten als jene Vorschläge, die sie bereits in Jalta den Verbündeten vorgelegt hatten. Ein neuer russischer Reparationsplan wurde zwar seit Beginn der Konferenz immer wieder angekündigt, vorgelegt wurde er allerdings nie<sup>119</sup>. Damit schwenkte die UdSSR auch in der Reparationsfrage auf die Taktik ein, andere die Vorschläge machen zu lassen, sich selbst mit eigenen Vorstellungen zurückzuhalten, gegebenenfalls Kritik zu üben, zu verzögern und ansonsten die Zeit für sich arbeiten zu lassen<sup>120</sup>. Die Briten verhielten sich ähnlich. Sie waren ohnehin weniger an raschen Entscheidungen als an gut ausgehandelten Ergebnissen interessiert.

<sup>114</sup> FO 371/45781/UE 2766.

<sup>115</sup> FO 800/303.

<sup>116</sup> So sorgte sich Hall-Patch, Under-Secretary of State im Foreign Office, in einem vertraulichen Schreiben an den britischen Botschafter in Moskau: „There have been indications in the committee of officials dealing with reparation ... that in some quarters it is felt to be quite hopeless to reach any satisfactory agreement with the Russians. We have felt that this attitude of mind might also exist in some of the official team. This seemed to us to be very unsatisfactory“ (FO 800/303).

<sup>117</sup> FO 371/45780/UE 2633, S. 3.

<sup>118</sup> FO 371/45785/UE 3338.

<sup>119</sup> FO 371/45780/UE 2633, S. 1 f.

<sup>120</sup> Vgl. Buttlar, Sowjetische Deutschlandpolitik, S. 58 ff.

Hinzu kam das Bemühen, Entscheidungen von großer Tragweite, deren Auswirkungen auf den englischen Wähler nicht kalkulierbar waren, bis nach den Wahlen in Großbritannien hinauszuzögern<sup>121</sup>. Ihr Verhältnis zu den Amerikanern wurde zwar als „gut“, zu den Russen als „nicht unbefriedigend“<sup>122</sup> bezeichnet, faktisch gelang es jedoch nicht, in Moskau eine vertrauensvolle Atmosphäre für eine effektive Zusammenarbeit herzustellen<sup>123</sup>.

Rasche Erfolge waren bei solchen Ausgangsbedingungen kaum zu erwarten. Unbehagen breitete sich zudem auf britischer Seite sehr bald über die Taktik der Amerikaner aus, Konflikte mit den Sowjets möglichst zu vermeiden. Augenfällig wurde dies zum ersten Mal, als Pauley auf der Grundlage der von den Sowjets in Jalta durchgesetzten Empfehlung einen leicht modifizierten Vorschlag zur Aufteilung der Reparationen unter den Alliierten machte, dem die Briten ihre eigenen, deutlich abweichenden Vorstellungen entgegensetzten:

#### Vorschläge zur Aufteilung der Reparationen

Empfänger	Jalta (sowj.)	Moskau (amerik.)	Moskau (brit.)
UdSSR	50 %	55 %	50 %
USA	40 %	22,5 %	12 %
GB		22,5 %	27 %
Sonstige	10 %	Sonderregelung	11 %

Besonders originell, wie es auf den ersten Blick scheinen möchte, war Pauleys Vorschlag keineswegs. Er lief vielmehr auf die Bestätigung des russischen Vorschlages hinaus. Die Anteile der Großmächte wurden nämlich nur optisch aufgebessert, da er gleichzeitig die USA, die UdSSR und Großbritannien durch eine öffentliche Erklärung verpflichten wollte, proportional zu ihrem jeweiligen Anteil ca. 10 % für die Ansprüche der kleineren Staaten zur Verfügung zu stellen<sup>124</sup>.

Was erregte den Unwillen der Briten? Abgesehen davon, daß der in Jalta vorgeschlagene Verteilungsschlüssel lediglich als Diskussionsgrundlage für weitere Verhandlungen erklärt worden war, vertraten die Briten die Meinung, daß der hohe Reparationsanspruch der Sowjets nur dann befriedigt werden könnte, wenn der Einsatz deutscher Arbeitskräfte als ein wesentlicher Beitrag zur Erfüllung der Reparations-

<sup>121</sup> Entsprechend äußerte sich Sir David Waley am 15. Juli 1945 in einer internen Besprechung der britischen Delegation für Potsdam zur heiklen Frage der Demontagen: „The Moscow Commission wanted to make a plan, but it was difficult for the British delegation to co-operate. They knew they must stall until the general elections were over ...“ (FO 934/2/4).

<sup>122</sup> FO 371/45783/UE 3048, S. 2.

<sup>123</sup> FO 371/45783/UE 3067. So gelang es beispielsweise – von einer Ausnahme abgesehen – nicht, für die jeweiligen Sitzungen gemeinsame Protokolle zu erstellen.

<sup>124</sup> FO 371/45780/UE 2703.

verpflichtungen angerechnet würde<sup>125</sup>. Der britische Vorschlag lautete: 50% für die Russen „including labour“<sup>126</sup>. Dazu war jedoch Pauley absolut nicht bereit. Der Anspruch der Sowjets auf 50% „excluding labour“ sei völlig gerechtfertigt, und jeder Versuch, ihn in Frage zu stellen, müsse die Verhandlungen unweigerlich in eine Sackgasse führen. Besonders erregt zeigte er sich über den Vorschlag, den USA weniger Reparationen zuzusprechen als den Briten. Die Amerikaner, so meinte er, forderten diese Reparationen keineswegs für sich selbst, sondern nähmen sie nur in Anspruch, um sie an die übrigen Länder wieder zu verteilen und auf diese Weise den Wiederaufbau Europas zu erleichtern. Eher würde er von seinem Posten zurücktreten, als einer Regelung zustimmen, die für die USA einen geringeren Anteil an den Reparationen vorsehe als für Großbritannien<sup>127</sup>. Schließlich schaltete sich auch der amerikanische Botschafter in Moskau, Harriman, ein und drängte Monckton, nachzugeben, da andernfalls unmittelbar vor der Potsdamer Konferenz „ein feindseliges Klima“ geschaffen würde.<sup>128</sup> Die Briten lenkten ein, nicht ohne darauf hinzuweisen, daß dies nur mit Rücksicht auf die Erhaltung guter Beziehungen zu den Amerikanern geschehe und keineswegs aufgrund einer genauen Kalkulation von Leistungen und Verlusten, wonach sie durchaus einen höheren Anteil beanspruchen könnten. Schließlich einigte man sich darauf, die Reparationen im Verhältnis 56 : 22 : 22 aufzuteilen. Nach Abzug der 10%igen Abgabe für die kleineren Staaten ergab sich ein Verhältnis von 50 : 20 : 20 für die drei Großmächte. Damit war sichergestellt, daß die Sowjetunion 50% der deutschen Reparationen erhalten und die beiden anderen Mächte jeweils zu gleichen Teilen bedacht würden<sup>129</sup>.

Dieser Streit war noch nicht ausgestanden, als es in einer anderen Frage zu einem weiteren, allerdings grundsätzlicheren Konflikt mit den Amerikanern kam. Dieses Mal ging es um die Frage der „restitution“, der Wiedergutmachung für von Deutschen geraubte, beschlagnahmte oder demontierte Anlagen, Güter oder Gegenstände gleich welcher Art. Hierunter fielen z. B. Kunstwerke ebenso wie Maschinen oder ganze Fabrikanlagen. Pauley war offensichtlich schon kurz nach Aufnahme der Moskauer Verhandlungen zu der Ansicht gelangt, in dieser Frage müsse rasch etwas geschehen, um den verbündeten Nationen die für ihren wirtschaftlichen Wiederaufbau dringend benötigten Güter zur Verfügung zu stellen. Um zu einer effektiven Koordination des gesamten Reparations- und Restitutionskomplexes zu gelangen, sollten seiner Meinung nach „restitution matters or transfer of property as restitution“ künftig in die Zuständigkeit des Reparationsbeauftragten, also Pauleys, fallen. Durch den

<sup>125</sup> In einem Minute für den Premierminister vom 11.6. 1945 heißt es: „Four million slaves at 400 dollars a year is 16 billion dollars in ten years – far more than will ever be got in any other way. Indeed, this is the only way in which anything like the figure of 20 billion dollars which the Russians mentioned will ever be achieved“ (PREM 3/195 A/4,5).

<sup>126</sup> FO 371/45780/UE 2676 Memorandum des Chancellor of the Exchequer „Allocation of Reparations“ vom 12. Juni 1945.

<sup>127</sup> FO 371/45783/UE 3048, S.2.

<sup>128</sup> PREM 3/195 A/6.

<sup>129</sup> FO 371/45783/UE 3048, S.3, sowie Anhang II.

Präsidenten, der offensichtlich Pauleys Auffassung teilte, ließ er verfügen, daß sämtliche „removals“ aus den amerikanischen Zonen in Deutschland und Österreich zunächst seiner Zustimmung bedurften. Um das Genehmigungsverfahren zu verkürzen, hatte er bereits einen Stellvertreter ernannt, dessen Amtssitz in Frankfurt sein sollte und der entsprechende Gesuche von General Eisenhower entgegenzunehmen und zu entscheiden hatte<sup>130</sup>. Das State Department wurde von dieser Aktion erst nachträglich informiert, die britische Delegation erst am 26. Juni, als eine entsprechende Verfügung an General Eisenhower bereits unterwegs war<sup>131</sup>.

Die von Pauley anvisierten Maßnahmen trafen die britische Deutschland- und Reparationspolitik in ihrem Kern. In einer Note an das State Department brachte das Foreign Office seine tiefe Besorgnis über eine solche „einseitige Aktion“ zum Ausdruck, welche geeignet sei, „alle unsere Bemühungen zu vereiteln, die darauf hinauslaufen, die Behandlung Deutschlands als einer wirtschaftlichen Einheit und die Durchführung einer für alle vier Zonen gemeinsamen Politik sicherzustellen“<sup>132</sup>. Die durch eine einheitliche Behandlung garantierte wirtschaftliche Einheit Deutschlands war in der Tat Grundlage britischer Reparationspolitik schlechthin. Nur durch die Behandlung Deutschlands als Einheit konnte es gelingen, einen Ausgleich seiner wirtschaftlichen Ressourcen durchzuführen, um dadurch die Kosten etwa zur Ernährung der Bevölkerung in der besonders stark zerstörten britischen Zone zu senken. Hinzu kam, daß das dem gleichen Zweck dienende *first charge principle* von den Sowjets noch keineswegs anerkannt war<sup>133</sup> und somit jede einseitige Veränderung des Ist-Zustandes in Deutschland ohne vertragliche Grundlage die Verhandlungsposition der Briten erheblich beeinträchtigte. Denn welches Interesse, so fürchtete man in London, konnten die Sowjets an einer zügigen Verhandlung der Reparationsfrage überhaupt noch haben, wenn ihnen aus der britischen Zone auch ohne ein entsprechendes Abkommen Fabrikanlagen u. a. m. als „interim deliveries“ bereits übereignet würden, wie Pauleys Vorschlag es u. a. vorsah<sup>134</sup>. „Restitution matters“ wollten die Briten, wie sie in der EAC vorgeschlagen hatten, lieber in einer separaten *Inter Allied Restitution Commission* beraten. Die Russen lehnten jedoch diesen Vorschlag ebenso ab wie die Forderung, als „interim deliveries“, in begrenztem Umfang und unter Verrechnung als Reparationen, allenfalls Rohstoffe, Konsumgüter und gewisse Lagerbestände, keinesfalls jedoch „capital equipment“ zuzulassen. Da sich die Briten mit ihren Vorschlägen nicht durchsetzen konnten, blieb ihnen wiederum nichts anderes üb-

<sup>130</sup> FO 371/45781/UE 2723.

<sup>131</sup> FO 371/45783/UE 3048, S. 3.

<sup>132</sup> FO 371/45781/UE 2780.

<sup>133</sup> Einen entsprechenden Vorschlag hatten sie in den Moskauer Verhandlungen soeben erst wieder abgelehnt. „Their view is that the plan must give first priority to reparation, while allowing for some exports to pay for imports. If the Germans do not earn enough for imports they must do without“ (FO 371/45783/UE 3048, S. 5).

<sup>134</sup> FO 934/1/4 (4) und an anderer Stelle bemerkt ein Beamter des Foreign Office, daß „Russian desire to obtain capital goods from the western zones is the only card which we have to play and that it is unwise to play this card until we have secured agreement with Russia on reparation plan as a whole“ (FO 371/45782/UE 2900).

rig, als auf Pauleys Pläne näher einzugehen und zu versuchen, sie in ihrem Sinne zu modifizieren<sup>135</sup>. Die offizielle Antwort des Foreign Office war ein ja-aber. „Interim deliveries“ wurden einerseits durchaus als notwendig angesehen, um akute Not in den befreiten Ländern zu lindern, auch um eine wohlwollende Einstellung in diesen Ländern zur alliierten Deutschlandpolitik zu fördern. Andererseits sollte die Zustimmung zu solchen Lieferungen an eine derartige Vielzahl von Einschränkungen, Auflagen und Kontrollmaßnahmen gebunden werden, daß kaum jemand angenommen haben dürfte, ein solches Schema hätte in der Praxis funktionieren können<sup>136</sup>. Möglicherweise war ja auch die Absicht im Spiel, zu verhindern, daß vorschnelle Entscheidungen Tatsachen schufen, die auf eine drastische Verringerung der Industrie und damit auf eine „Erfüllung der russischen Vorstellungen von der Zukunft der deutschen Industrie hinausliefen und zum Verzicht auf die industriellen Vermögenswerte in unserer Zone, ohne jedes Zurück, führen müßten“<sup>137</sup>. So gelang es den Briten, die von Pauley angekündigten Maßnahmen zu stoppen. Pauley wollte ein schnelles und unkompliziertes Verfahren und lehnte es daher ab, auf die britischen Änderungsvorschläge vor Abschluß der Potsdamer Konferenz überhaupt noch näher einzugehen<sup>138</sup>. Im Foreign Office ging man schließlich davon aus, daß seitens des amerikanischen Oberkommandos keine vorzeitigen „restitution deliveries“ veranlaßt worden waren<sup>139</sup>.

Was hatten die Verhandlungen gebracht, ehe die meisten Mitglieder der amerikanischen und britischen Delegation Mitte Juli Moskau verließen, um an der Potsdamer Konferenz teilzunehmen? Äußerst wenig! Neben der prozentualen Aufteilung der Reparationen unter den Alliierten hatte man sich gerade noch auf ein allgemeines Verfahren einigen können, nach dem die Ansprüche der übrigen vom Krieg unmittelbar betroffenen Länder geregelt werden sollten. Entsprechende Forderungen sollten von den jeweiligen Ländern innerhalb eines Monats gegenüber der Reparationskommission geltend gemacht werden. Diese hatte dann darüber zu entscheiden, welches Land in welchem Umfang Ansprüche auf Reparationen stellen konnte. Schließlich sollte eine Sonderkonferenz einberufen werden mit dem Ziel, zu einer generellen Regelung der Reparationsfrage unter den anspruchsberechtigten Ländern zu kommen<sup>140</sup>. Das war es auch schon, was als Ergebnis vierwöchiger Beratungen präsentiert werden konnte. Eine Einigung etwa in Sachen „interim reparations“ oder eine Verständigung darüber, was denn nun eigentlich unter „reparation“, „restitution“, „war booty“ etc. zu verstehen sei, kam ebensowenig zustande wie eine Regelung der jeweiligen Kompetenzen des Kontrollrates, der Reparationskommission in Moskau und anderer möglicher Institutionen, die sich mit Fragen der Reparationen befassen wür-

<sup>135</sup> FO 371/45783/UE 3048, S. 3 f.

<sup>136</sup> Die Dokumente, die dieses eindrucksvoll belegen, sind unter FO 371/45781/UE 2780 und FO 371/45782/UE 2901 zu finden.

<sup>137</sup> FO 371/45782/UE 2901.

<sup>138</sup> FO 371/45784/UE 3220.

<sup>139</sup> FO 371/45784/UE 3184.

<sup>140</sup> FO 371/45783/UE 3048, Annex III.

den. Die Frage der endgültigen Höhe der Reparationen und die der Verwendung deutscher Arbeitskräfte als Reparationsleistungen blieben ebenso ungeklärt wie die, welche Industrien aus Sicherheitsgründen zerstört werden sollten, und vieles andere mehr. Schließlich scheiterte auch die Verabschiedung des „statement of principles“, das immerhin die meiste Zeit beansprucht hätte und schon bis zur Beschlußvorlage gediehen war, an der Weigerung der Sowjets, das *first charge principle* expressis verbis anzuerkennen<sup>141</sup>.

Was zunächst nicht geplant war, wurde unumgänglich: Die Reparationsfrage mußte auf die Tagesordnung der Konferenz in Potsdam. Ob hier ein Durchbruch gelingen konnte, mußte allerdings aufgrund der Moskauer Erfahrungen recht zweifelhaft erscheinen, zumal das politische Klima im allgemeinen und das britisch-sowjetische Verhältnis im besonderen sich keineswegs verbessert hatten<sup>142</sup>. Die Berichte über russische Plünderungen und Demontagen in den von ihnen besetzten Gebieten, die eigenmächtige Übertragung deutscher Ostgebiete an Polen oder die Ankündigung, daß die Sowjets auch ohne ein entsprechendes Abkommen Reparationen aus ihrer Zone nehmen würden<sup>143</sup>, schufen keineswegs eine günstige Voraussetzung für eine vertrauensvolle Verhandlungsatmosphäre. Darüber hinaus hatten die Erfahrungen in der EAC gezeigt, daß „the Russians have been dilatory and obstinate“<sup>144</sup> und es nahezu an jeder konstruktiven Zusammenarbeit fehlen ließen. Verstärkt wurde dieser Eindruck dadurch, daß die Sowjets nicht bereit waren, ihren Vertreter für die Kontrollkommission nach London zu schicken, um gemeinsam mit den Amerikanern und Briten vorbereitende Gespräche über die Einrichtung und Arbeitsweise der „control machinery“ zu führen. So wuchs bei den Briten das Mißtrauen, ob die Russen bei der Verwaltung Deutschlands überhaupt ein verlässlicher Partner sein würden, zumal der Kontrollrat noch nicht zusammengetreten war und eine Probe aufs Exempel hätte lie-

<sup>141</sup> FO 371/45783/UE 3048, Annex I; ferner FO 371/45783/UE 3049, wo Monckton sich in einem achtseitigen Schreiben ans Foreign Office mit den ungelösten Fragen der Moskauer Verhandlungen beschäftigt.

<sup>142</sup> Hier ließe sich eine Reihe von Beispielen anführen. Am 3. Mai etwa übermittelte Eden dem sowjetischen Außenminister Molotow ein ausführliches Memorandum, in dem er sein Mißfallen zum Ausdruck brachte über „isolated Soviet actions and especially with the form of certain actions on the part of the Soviet side“ (FO 371/47855/N 8713). Am 18. Mai nahm Churchill den russischen Botschafter in London Gusew anlässlich eines Essens beiseite, um seinen Ärger über bestimmte Praktiken der russischen Politik zum Ausdruck zu bringen, und zwar in einer Weise, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. „How were the Russians facing this (= the new post-war situation, J.F.)? By dropping an iron screen across Europe from Lubeck to Trieste, behind which we had no knowledge of what was happening. All we knew was that governments were being set up about which we were not consulted and at which we were not allowed to peep“ (PREM 3/396/12).

<sup>143</sup> Entsprechend hatte sich Molotow in Potsdam geäußert: „If agreement were not reached on a plan extending to Germany as a whole, the Soviet government would certainly take reparations from their zone of occupation“ (CAB 99/38, S. 220).

<sup>144</sup> „Russian shortcomings at the EAC“ (FO 371/47964/N 10036). Dieses war ein Dossier, das Eden für die Potsdamer Verhandlungen anfertigen ließ und dem die Beschwerden über andere „shortcomings“ in Rumänien, Bulgarien, Persien etc. ebenfalls beigelegt wurden.

fern können<sup>145</sup>. Die Briten waren deshalb immer weniger geneigt, den Sowjets kurzfristig zu realisierende Zusagen, zum Beispiel hinsichtlich der Mitsprache und Verfügung über die Schwerindustrie an Rhein und Ruhr, zu machen, ohne die Gewißheit zu haben, daß die dafür eingehandelten langfristigen Zusagen auch wirklich von den Sowjets eingehalten würden. So erreichte auch die Potsdamer Konferenz sehr bald jenen toten Punkt, an dem die Moskauer Verhandlungen bereits geendet hatten.

Abhilfe war in dieser Situation nur von den Amerikanern zu erwarten, die sich in der Reparationsfrage weitaus flexibler verhielten als die Briten und Russen, wie die Verhandlungen in Moskau bereits gezeigt hatten. Einerseits hatten sie kein den europäischen Mächten vergleichbares Interesse an dieser Frage, andererseits wollten sie die weitere alliierte Zusammenarbeit – der Krieg gegen Japan war noch nicht gewonnen – nicht durch ungelöste Probleme und latente Konflikte oder gar durch ein Scheitern der Potsdamer Verhandlungen gefährdet sehen. In der Tat kam durch den amerikanischen Außenminister Byrnes Bewegung in die Verhandlungen. Am 23. Juli bat er die Außenminister zusammen mit ihren Reparationsexperten zu einem informellen Gespräch, um die Möglichkeit eines Reparationsabkommens auf *zonaler Basis* zu sondieren. Er ging davon aus, daß ca. 50 Prozent der deutschen Ressourcen in jenen Gebieten lägen, die von den Sowjets besetzt bzw. an Polen abgetreten worden seien. Ein langes und fruchtloses Feilschen um Zahlen und Einzelheiten, das in den nächsten Tagen kaum zu einem Ergebnis, allenfalls zu großem Ärger führen würde, ließe sich nur vermeiden, wenn die Sowjets ihre Reparationen aus ihrer Zone und die Westmächte ihre Anteile aus den von ihnen besetzten Gebieten nähmen und jeweils die Ansprüche der übrigen Vereinten Nationen befriedigten. Ferner schlug Byrnes vor, Maschinen und Gerät aus den Westzonen im Austausch gegen Rohstoffe, etwa Kohle aus Polen und Ostdeutschland, oder sonstige für die Westzonen und die übrigen befreiten Länder nützliche Dinge aus der sowjetischen Zone zu liefern. Molotow zeigte sich diesen Überlegungen gegenüber keineswegs abgeneigt. Allerdings, so forderte er, müsse sichergestellt werden, daß die UdSSR auch aus anderen Zonen, insbesondere der britischen Zone, Reparationslieferungen bekomme. Auch Eden fand zunächst durchaus Gefallen an dem Vorschlag des amerikanischen Außenministers, zumal er den Austausch von „some supplies from the East in return for supplies from the West“<sup>146</sup> vertraglich garantieren wollte.

Damit war die Richtung gewiesen, in der ein Kompromiß gesucht werden konnte und schließlich auch gefunden wurde. So kamen die drei Mächte in Potsdam überein, zur Befriedigung ihrer Reparationsansprüche Deutschland in zwei Hälften, ja Europa in eine sowjetische und eine westliche Einflußsphäre aufzuteilen. Die UdSSR sollte ihre Reparationsansprüche aus den Ressourcen ihrer Zone decken. Ferner sollte sie 10 Prozent der in den westlichen Zonen verfügbaren Reparationen ohne Gegenleistung und weitere 15 Prozent im Austausch gegen Nahrungsmittel und Rohstofflieferungen aus der sowjetischen Zone erhalten. Außerdem erhielt die Sowjetunion das

<sup>145</sup> FO 371/45782/UE 2872, S. 5.

<sup>146</sup> Record of the Proceedings of the Berlin Conference 17th July–1st August 1945, CAB 99/38, S. 48.

Recht, Anteile an deutschen Unternehmungen in sämtlichen von ihr besetzten Ländern (Ostzone, östliches Österreich, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Finnland) als Reparationen zu übernehmen. Gleichzeitig sollte sie jedoch aus ihrem Anteil die polnischen Reparationsforderungen begleichen. Entsprechend hatten die Westmächte ihre Ansprüche und die aller übrigen Staaten aus den Westzonen und den deutschen Guthaben in den nicht von den Sowjets besetzten Ländern zu befriedigen. Darüber hinaus verabschiedete die Konferenz hinsichtlich der allgemeinen wirtschaftlichen Behandlung Deutschlands Grundsätze, in denen sich die Alliierten zu einer konsequenten und totalen Abrüstung Deutschlands mit all den dazu notwendigen wirtschaftlichen Sanktions- und Kontrollmaßnahmen verpflichteten. Das primäre Interesse sollte in Zukunft der Entwicklung der Landwirtschaft und dem Aufbau einer für den Binnenmarkt produzierenden Friedenswirtschaft gelten. In jedem Falle sollte Deutschland während der Besatzungszeit als *wirtschaftliche Einheit* behandelt werden, und zwar hinsichtlich des Lohn- und Preisniveaus, der Exporte und Importe, der Währung und Besteuerung, des Verkehrswesens und der Reparationen. Schließlich fand sich als Punkt 19 der wirtschaftlichen Grundsätze auch das „first charge principle“, wenn auch in verkümmerter Form, wieder. „Die Zahlung von Reparationen soll dem deutschen Volk genügend Mittel lassen, um ihm ein Auskommen ohne fremde Hilfe zu ermöglichen. Um Deutschlands wirtschaftliches Gleichgewicht herzustellen, müssen die notwendigen Mittel zur Bezahlung der vom Kontrollrat gebilligten Importe bereitgestellt werden. Die Exporterlöse für Waren aus laufender Produktion und Lagerbeständen dienen in erster Linie der Bezahlung solcher Importe.“<sup>147</sup>

Wie war die in Potsdam getroffene Reparationsvereinbarung nun zu bewerten? Was bedeutete sie für die inter-alliierten Beziehungen? Wie standen die Briten zu dieser Regelung? Und welche Konsequenzen ergaben sich schließlich daraus für Deutschland? Potsdam – so ließe sich generell sagen – war der Versuch, durch eine Teilung Deutschlands die Einheit der Alliierten zu bewahren. Ein Scheitern der Verhandlungen hätte wenige Monate nach Kriegsende vor aller Welt die Unfähigkeit der Großmächte zu einem gemeinsamen Handeln deutlich gemacht und die Hoffnungen auf die neue, *eine* Welt erschüttert. Mehr als Geld und Maschinen interessierte die Amerikaner, wie Byrnes es ausdrückte, „alle nur möglichen Gefahrenquellen eines Bruchs zwischen den alliierten Regierungen auszuschalten“<sup>148</sup>. Der Versuch, die Sowjets durch ein ausgefeiltes und detailliertes Vertragswerk auf eine gemeinsame Linie bringen und kontrollieren zu wollen, wie es den Briten vorschwebte, mußte sich schon deshalb als undurchführbar erweisen, weil er den Verzicht auf bereits einge-

<sup>147</sup> CAB 99/38, S.291. Vgl. auch FRUS, Conference of Berlin (Potsdam) 1949, Band II, S.1483 ff. Eine Übersetzung der russischen Version findet sich bei Fischer, Teheran, Jalta, Potsdam, S.395 ff. Hier lautet interessanterweise die Übersetzung von Punkt 19 der wirtschaftlichen Grundsätze: „Nach (Hervorhebung vom Verf.) der Bezahlung der Reparationen sollen dem deutschen Volk genügend Mittel belassen werden ...“ (S.397). Das entsprach natürlich exakt der russischen Haltung, bedeutete jedoch genau das Gegenteil von dem, was die Briten unter dem „First Charge Principle“ verstanden wissen wollten.

<sup>148</sup> CAB 99/38, S.221.

nommene Machtpositionen in Osteuropa durch die Russen zur Voraussetzung gehabt hätte. Die britische Forderung, bei der Regelung der Reparationsfrage Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit in den Grenzen von 1937 zu behandeln, ging darum über eine bloße Infragestellung der wirtschaftlichen Interessen der Sowjetunion hinaus, so daß die sowjetische Delegation auch nicht bereit war, die Reparationsfrage auf dieser Grundlage zu diskutieren. Sie bestand vielmehr darauf, bei den Verhandlungen von der durch den Krieg veränderten politischen Lage auszugehen<sup>149</sup>. Byrnes stimmte dem zu und versprach, die Sowjetunion in ihrer Zone „without interference“ der westlichen Alliierten schalten und walten zu lassen, die Verwaltung der deutschen Ostgebiete durch Polen zu tolerieren und schließlich in einem künftigen Friedensvertrag die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als Westgrenze Polens zu unterstützen, sofern die Russen dem amerikanischen Reparationsplan mit seiner Klausel über die Austauschlieferungen von Lebensmitteln zustimmen würden<sup>150</sup>. Damit war mit der Frage der Annahme der amerikanischen Reparationslösung die Entscheidung über die Einheit Deutschlands unmittelbar verknüpft.

Mit großer Klarheit hatten die Briten die Gefahren des amerikanischen Vorschlags für die Einheit Deutschlands vorausgesehen, mit Nachdruck sich für die Beibehaltung der wirtschaftlichen Einheit eingesetzt und schließlich nicht ohne Bedenken zugestimmt, als sich die beiden „Großen“ in der Sache einig waren. Kurze Zeit darauf, nachdem die Beamten des Foreign Office von dem amerikanischen Plan Kenntnis erhalten hatten, notierte der Leiter der Deutschlandabteilung im Foreign Office, Troutbeck, es sei in der Tat schwierig, sich vorzustellen, „daß eine solche Regelung Deutschland nicht vollständig in zwei Teile teilen wird, sosehr wir auch versuchen mögen, ein solches Ergebnis zu verhindern“<sup>151</sup>. Auch Sir David Waley, Mitglied der britischen Verhandlungsdelegation, sah für eine Politik der Einheit Deutschlands nur noch geringe Chancen. Im Grunde sei es nur noch möglich, „mitten durch Deutschland eine Grenze zu ziehen und östlich von ihr alles von Rußland verwalten und unter das sowjetische System des Staatssozialismus stellen zu lassen und westlich von ihr alles unter britische, amerikanische und französische Verwaltung zu stellen, in der Absicht, sobald wie möglich ein normales wirtschaftliches Leben wiederherzustellen“<sup>152</sup>. So deutlich freilich die Briten die Teilung Deutschlands vorhersahen, sosehr sie die Erhaltung der Einheit auch wünschten, so wenig ging es ihnen um die Einheit Deutschlands an sich. Das primäre Ziel war die Wiederherstellung eines normalen wirtschaftlichen Lebens, die Erhaltung der wirtschaftlichen Einheit war ein notwendiges Mittel dazu. Nur ein einheitliches Deutschland in den Grenzen von 1937 konnte durch den Austausch seiner eigenen Ressourcen die Gewähr bieten, das Überleben seiner Bevölkerung weitgehend selbst zu sichern und die Belastungen für die britische Volkswirtschaft so niedrig wie möglich zu halten. Sollte Deutschland auch politisch

<sup>149</sup> CAB 99/38, S. 176.

<sup>150</sup> CAB 99/38, S. 75.

<sup>151</sup> FO 371/45784/UE 3221.

<sup>152</sup> PREM 8/48.

nicht in jedem Falle als einheitliches Ganzes zu behandeln sein, hieß es bezeichnenderweise in der britischen Verhandlungsdirektive für Potsdam, „so ist es doch von größter Bedeutung, es auf jeden Fall als eine wirtschaftliche Einheit zu behandeln“<sup>153</sup>.

Die Belastungen, die Großbritannien durch die Annahme des amerikanischen Reparationsvorschlages auf sich zukommen sah, waren in der Tat beträchtlich. Die Abtrennung der Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie bedeutete den Verlust von ca. 25 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche Deutschlands. Die gleichzeitig beschlossene Vertreibung der Deutschen aus jenen Gebieten, aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn mußte, sofern sie zu einem großen Teil in der russischen Zone blieben, selbst dieses Gebiet von einem Überflußgebiet an Nahrungsmitteln in ein Notstandsgebiet verwandeln mit allen Konsequenzen für die Versorgung der westlichen Besatzungszonen einschließlich Berlins. Andere Beschlüsse der Konferenz erleichterten die Situation keineswegs, widersprachen nicht selten einander und mußten bei gleichzeitiger und konsequenter Anwendung geradezu zu einem ökonomischen Desaster führen. Wie konnte Deutschland von auswärtiger Hilfe unabhängig werden, wenn es neben den Reparationen auch für die laufenden Besatzungskosten aufkommen, seine Schwerindustrie aus Gründen der Sicherheit drastisch reduzieren, seinen Lebensstandard unter dem der übrigen europäischen Länder halten und damit eine hohe Arbeitslosigkeit einkalkulieren mußte? Die Treasury ging bei ihren Berechnungen davon aus, daß Deutschland 30 bis 40 Prozent seiner industriellen Kapazität bereits verloren hatte, bevor überhaupt in den Westzonen Industrieanlagen demontiert werden konnten, um die sowjetischen Reparationsansprüche zu befriedigen. 7 Prozent der deutschen Industrie galten als endgültig an Polen verloren. Etwa die Hälfte der in der sowjetischen Zone liegenden Industrie durfte bis zum Ende des Jahres 1945 abgebaut sein, was einem Anteil von ca. 17 Prozent entsprach. Ein Viertel bis ein Fünftel der in den Westzonen befindlichen Industrie, zwischen 12 und 15 Prozent des gesamten industriellen Vermögens, waren durch den Krieg zerstört<sup>154</sup>. Die Furcht, daß sich größere Hilfsmaßnahmen für Deutschland nicht vermeiden ließen und damit das englische Budget erheblich belastet würde, bestand daher in London zu Recht. Da half auch die Aufnahme jenes vage formulierten *first charge principle* in die wirtschaftlichen Grundsätze des Potsdamer Abkommens recht wenig, zumal jede Import-Export-Regelung ohnehin der Zustimmung des Kontrollrates bedurfte, dessen Beschlüsse bekanntlich einstimmig gefaßt werden mußten<sup>155</sup>.

<sup>153</sup> FO 934/6/58.

<sup>154</sup> T 230/75. Dieses Dokument stammt vom 29. November 1945 und enthält eine ausgezeichnete Analyse der wirtschaftlichen Konsequenzen der Potsdamer Beschlüsse.

<sup>155</sup> In einer ebenfalls sehr weitsichtigen Stellungnahme des FO vom 31. Juli wurde noch einmal eingewandt, daß es in Zukunft keinen Warenaustausch mehr zwischen der Ostzone und den Westzonen geben werde. „Because the Soviet Government will take all available goods as reparation. If therefore the Eastern Zone requires imports this must be arranged in one of the two ways either (i) the Western Zones will export in order to pay for the imports. We could not agree to this because we should thus reduce for Russia's benefit the amount of current reparation deliveries available to other countries. It would therefore be necessary to fall back on (ii) the Soviet Government arrang-

Angesichts solcher Aussichten machte sich auch im Foreign Office Enttäuschung breit. „The Americans have pushed us into a very awkward situation and it is difficult to see how to retrieve ourselves.“<sup>156</sup> Von den Bedenken in der Sache einmal abgesehen, äußerten die Beamten ihr Unbehagen vor allem über den Verhandlungsstil der Amerikaner, ihre Nachgiebigkeit gegenüber den Russen und ihre teils recht unkooperative Haltung den Briten gegenüber. Als Außenminister Byrnes Ende Juli den „deal“ mit den Sowjets weitgehend abgeklärt hatte, ohne vorher – wie zugesagt – mit der neuen britischen Verhandlungsdelegation Rücksprache genommen zu haben, fühlten sich die Briten brüskiert<sup>157</sup>. Die Eile, mit der die Amerikaner auf den baldigen Abschluß der Verhandlungen drängten, ließ ihnen jedoch keine andere Wahl, als zuzustimmen, schon um überhaupt ein Abkommen zu erhalten, die britisch-amerikanischen Beziehungen nicht noch weiter zu belasten und die alliierte Zusammenarbeit in Deutschland nicht von Anfang an zu gefährden. Nach dem Wahlsieg der Labour-Partei und dem Wechsel im Außenministerium von Eden zu Bevin hatte zudem jene „von etlichen Leuten in der Treasury“<sup>158</sup> bereits vertretene Auffassung Auftrieb bekommen, die zur Wahrung der eigenen wirtschaftlichen Interessen in jedem Falle eine pragmatische Lösung befürwortete. Die Hoffnung, Deutschland als wirtschaftliche Einheit in den Grenzen von 1937 zu behandeln, wurde angesichts der russischen Maßnahmen in der östlichen Hälfte Deutschlands ohnehin für unrealistisch gehalten. Bevin lehnte deshalb auch eine weitere Diskussion der „philosophischen Grundlage des amerikanischen Vorschlags“ ab. Er sprach sich vielmehr für dessen Annahme aus und forderte, „die Frage der Behandlung Deutschlands als wirtschaftlicher Einheit in gesonderten Gesprächen über den Austausch von Waren zwischen den verschiedenen Regionen Deutschlands weiter zu verfolgen“<sup>159</sup>. Als schließlich die Sowjets bereit waren, die geforderten Nahrungsmittel- und Rohstofflieferungen für die Westzone zu garantieren, war der für die Briten entscheidende Grund für die Beibehaltung der Einheit Deutschlands entfallen. Und so erklärte sich die britische Regierung bereit, auch den anderen Aspekt des amerikanischen Verhandlungsvorschlages zu unterstützen und die Westverschiebung Polens auf einer künftigen Friedenskonferenz endgültig anzuerkennen<sup>160</sup>.

Der Teilungsbeschuß von Potsdam – so lassen sich die Auswirkungen für die britische Außenpolitik insgesamt zusammenfassen – markiert das Ende jener traditionellen, auf das Gleichgewicht der Mächte in Europa zielenden Politik Großbritanniens.

---

ing for themselves any imports they needed for their own zone. They would naturally get this by exclusive arrangements with countries in their sphere of influence, thus leading to a closed Eastern European economic system“ (FO 934/1/4 (34)).

<sup>156</sup> So Coulson, „Head of the Economic Relations Department of the Foreign Office“, am 31.7. 1945 (FO 934/1/4 (34)).

<sup>157</sup> FO 371/45786/UE 3714.

<sup>158</sup> PREM 8/48. Anderson selbst hatte noch kurz vor seinem Ausscheiden aus dem Amt für eine Annahme des amerikanischen Vorschlages plädiert.

<sup>159</sup> PREM 4/79, 1.

<sup>160</sup> PREM 8/48.

Trotz großer Anstrengungen war es nicht gelungen, die Amerikaner von den aus britischer Sicht gefährlichen Folgen einer zu großen Nachgiebigkeit gegenüber der Sowjetunion zu überzeugen, geschweige denn der Sowjetunion den soeben gewonnenen Machtzuwachs gleichsam per Vertrag wieder zu beschneiden. Die Zeichen der Zeit deuteten auf eine bipolare Entwicklung in Europa hin, in der für ein multipolares Staatensystem traditionellen Musters kein Platz mehr war. Der Verzicht bzw. die Unfähigkeit der Alliierten, Deutschland aus übergeordneten Sicherheitserwägungen in mehrere einzelne Staaten zu zerstückeln, war dafür ein untrüglicher Beweis. Großbritannien sah sich von einer solchen Machtverschiebung in Europa besonders betroffen, wohl wissend, daß es aus eigener Kraft dem Übergewicht der Sowjetunion kein angemessenes Gegengewicht entgegenzusetzen vermochte. Ohne Amerika war die Wiederherstellung eines Gleichgewichtes in Europa nicht mehr vorstellbar. Die seit Jalta verstärkten Bemühungen der Briten, die Amerikaner für eine gemeinsame Politik gegenüber den Sowjets zu gewinnen, trugen dieser Erkenntnis Rechnung. Der Erfolg blieb allerdings bescheiden. Die Amerikaner waren nicht bereit, ihre Bemühungen, mit den Sowjets zu einer möglichst reibungslosen Zusammenarbeit zu gelangen, durch eine zu starke Annäherung an die britische Politik gefährden zu lassen<sup>161</sup>. So blieb den Briten angesichts eines möglichen „disengagement“ der Amerikaner in Europa nichts anderes übrig, als zu den traditionellen Mitteln der Politik des Gleichgewichtes in Europa zu greifen. Hierher gehörte der Versuch, stets als Anwalt der kleinen und mittleren Staaten Europas aufzutreten, ferner das Bemühen, die Wiederherstellung Frankreichs als kontinentaler Großmacht selbst gegen den Willen der beiden anderen Großmächte unablässig zu betreiben. Hierher gehörte aber nicht zuletzt das Bestreben, auf jeden Fall alles zu vermeiden, was zu einem Bruch der alliierten Zusammenarbeit führen konnte. Von der Einheit der Alliierten hing nicht nur die Stellung Großbritanniens als Großmacht ab, sondern auch die Möglichkeit, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion im Hinblick auf Europa in die Pflicht zu nehmen bzw. wie im Falle der Sowjetunion unter Kontrolle zu halten. Deshalb lag den Briten soviel an einer vertraglich exakt geregelten und gesicherten Zusammenarbeit im Zentrum Europas. Voraussetzung für die Einheit der Alliierten war jedoch die Einheit Deutschlands. Freilich wurden dafür nicht nur politische, sondern zunehmend wirtschaftliche Gründe ausschlaggebend. Das Ziel blieb jedoch das gleiche, den drohenden Machtverfall Großbritanniens aufzuhalten und seine Stellung als dritte, möglichst unabhängige Großmacht zu bewahren. Die in Potsdam beschlossene Reparationsregelung hatte gezeigt, daß ein solcher dritter Weg nicht mehr möglich war. Großbritannien hatte nicht mehr die Macht, die Aufteilung Deutschlands in eine östliche und eine westliche Einflusssphäre zu verhindern, zumal die Amerikaner keinen Zweifel daran gelassen hatten, daß sie nicht nur die Erhaltung Deutschlands in

<sup>161</sup> Über einen Sondierungsversuch der Briten, die Amerikaner vorab zu bilateralen Gesprächen über die Reparationsfrage zu gewinnen berichtete der britische Botschafter aus Washington nach London: „Mr. Despres seemed to feel some reluctance to discussions with us alone on the ground that the Russians might suspect us of ‚ganging up‘ against them“ (FO 371/45775/UE 1051).

den Grenzen von 1937, sondern auch die Behandlung des Okkupationsgebiets als wirtschaftliche Einheit – trotz der anderslautenden Formulierungen in den Grundsätzen zur Behandlung Deutschlands – für völlig unrealistisch hielten<sup>162</sup>. Seit Potsdam war Deutschland geteilt, faktisch und im Bewußtsein der an dieser Konferenz beteiligten Akteure, zumindest auf amerikanischer und britischer Seite. Die entscheidende deutschlandpolitische Frage nach Potsdam lautete demnach nicht, wie eine Teilung Deutschlands zu verhindern, sondern wie die bereits vollzogene Teilung wieder rückgängig zu machen sei.

<sup>162</sup> So schrieb Mark Turner am 28. Juli aus Potsdam an die Treasury in London: „I spoke with some heat on this theme to Americans last night, but it is quite obvious that they merely thought me starry-eyed and wishful-thinking idealist“ (FO 371/45786/UE 3381). Und im Foreign Office notierte man am 31. Juli: „Thus, however much we may safeguard the principle of economic unity on paper, the American plan, if followed as the Americans appear to understand it, will from the outset make it impossible to administer Germany as a unit.“ Darüber hinaus sei es „inconceivable that a Germany which is not treated as an economic unit could very long be treated as a political unit.“ (FO 934/1/4 (34)).